Manuskript / Prüforiginal (siehe auch Seite 52)

Persönliches Exemplar mit Eintragungen

Macht und Menschenwürde

Authentische Aufzeichnung aus dem Jahre 2011

Wir sind immer vorne! Wenn wir einmal hinten sind, ist hinten vorne!

Es lebe hoch die "Kumpanei"
in der "Seilschaft" der Partei,
wo die Wahrheit "Euch" ging flöten
bei dem "Ramschen" nach Moneten,
Wenn`s auch die Jugend nicht versteht
"Sie" Zukunft sucht im Internet,
weil "Sie" von Euch nur noch frustriert
und "Eure" Wahlen ignoriert.
Was diese "Jugend" morgen tut ?
Hoffentlich geht`s "diesmal" gut !
Ehrlichkeit und Recht und Freiheit
für das "Deutsche" Vaterland,
demonstriert "ihr" längst nicht mehr,
weder mit Herz, noch mit der Hand !

Macht und Menschenwürde

Authentische Aufzeichnung aus dem Jahre 2011

Als Gegenwartsinteressierter Lokalhistoriker sollte man auch gravierende Ereignisse aus seinem unmittelbaren Umfeld überliefern. Dies bringt allerdings für den Autoren gewisse Gefahren mit sich, die nicht jeder bereit ist zu riskieren. Der Rechtsstaat hat ein Datenschutzgesetz verabschiedet welches die Preisgabe von Namen und Daten in Verbindung mit Ereignissen verbietet. Insbesondere die Menschenwürde soll hier geschützt werden, doch wer die Macht und genügend Einfluss hat, hält sich leider nicht daran. In nachfolgender Aufzeichnung wird verdeutlicht wie in diesem sogenannten Rechtsstaat der schwächere Kleinbürger der stärkeren Kommune hilflos ausgeliefert ist. Er muss bereit sein den Öffentlichen Schaden an seiner Person zu tragen, den ihm seine mächtigen Gegner gewissenlos zufügen. Anschließend muss er seinen Freundeskreis neu ordnen, weil einige von ihm abgerückt sind. Trotzdem sollte man niemals Gleiches mit gleichem vergelten, weil es den Dorffrieden vergiftet und nur Verlierer beschert. In vorliegendem Falle soll es genügen die Ereignisse mit realem Quellenbeleg aufzuschreiben und die Nachwelt urteilen zu lassen.
Rein theoretisch könnte der Schwache zwar das Gericht anrufen. Er hat jedoch gegen die, von ihrer Behörde und den Parteien mit großzügigen Rechtschutzversicherungen ausgestatteten, "Mächtigen" nur wenig Aussichten, zumal ihm die Hintergrundlobby der Parteien und ihre Seilschaften fehlen. Um niemanden zu diffamieren und trotzdem nachfolgende Ereignisse zu überliefern wird auf eine frei käufliche Veröffentlichung dieser Aufzeichnung verzichtet und die Namen der Beteiligten, soweit sie nicht bereits in Presse und Protokollen genannt wurden, außen vor gehalten.

Impressum

© 2011 by Hermann Lixenfeld
Mskr.-/Lekt.-Version überarbeitet ♦ Self-Published ♦ Flörsheim-Weilbach 2020
Autor: Hermann Lixenfeld
Anschrift: Am Schlag 4 ♦ 65439 ♦ Flörsheim am Main
E-Mail: hermann.lixenfeld@web.de
Layout & Textsatz by Michael Lixenfeld

Alle Rechte vorbehalten gemäß UrhG
Weitergabe, Vervielfältigung und Archivierung dieser Publikation oder von Teilen daraus sind, zu welchem Zweck und in welcher Form auch immer, ohne die ausdrückliche schriftliche Genehmigung des Verfassers/Rechteinhabers nicht gestattet.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Inhaltsverzeichnis

Geschichtsaufbereitung und Behördenterror Seite 3

Der offene Brief an die Presse Seite 4

Positionsverzeichnis einer Hexenjagd 2010 /11 Seite 7

Beweisfügrung aus Urquellen die niemand sehen wollte Seite 8

Motivation, Betrachtung und Hinterfragung Seite 21

Mit geübter Taktik zum Rufmord Seite 24

Erfolglose Briefaktion Seite 26

Bürgeraktionen wegen Straßen gegen Stadt u.Landesamt Seite 29

Die Affäre mit dem Wahlbetrugsverdacht Seite 32

Meinen Aufsatz "Jüdisches Leben in Weilbach ", der leider durch die o.a. Verleumdungen, aus dem MTK- Jahrbuch gestrichen wurde Seite 35

Beendigung lebenslanger Arbeit als Lokalhistoriker Seite 35

Meine Erfahrungen mit historischen Vereinen im Umland Seite 37

Stolpersteine im Schnellüberblick Seite 40

Geschichtsaufarbeitung und Behördenterror 2010

Welche Rechte und Menschenwürde hat man als kleiner Bürger tatsächlich

Kein Begriff wird in unserem demokratischen Rechtsstaat so oft heuchlerisch zitiert wie "die Würde des Menschen. Man transferiert diese "Menschenwürde" mit dem Unrecht der Vergangenheit in unsere Zeit und missachtet gleichzeitig die Menschenwürde in der Gegenwart. Nachfolgende Ereignisaufzählungen sollen anzeigen, wie die Menschenwürde der Macht und der Willkür unterliegt.

"Die Würde der Menschen ist unantastbar, doch deren Entwürdigung ist 2010 tastbar!"

Vor 40 Jahren, zu Anfang meiner Aufzeichnungen, durfte man ungestraft Ereignisse aus der Vergangenheit öffentlich zitieren, anzweifeln, loben, tadeln, relativieren und vergleichen. Heute, 2011 aber führt jeglicher öffentliche Vergleich zwischen Unrechtsentwicklungen der Vergangenheit und dem heutigen Zeitgeschehen vor den Staatsanwalt. Dies ist überhaupt nicht nachvollziehbar weil die gesamte Richtungsfindung aller Kreaturen über dieses Vergleichsystem funktioniert. Man beobachtet, vergleicht und versucht so den richtigen Weg zu finden. Warum also verbietet der Gesetzgeber zum Beispiel „nicht vergleichen zu dürfen," etwa: „Damals durfte man nicht seine freie Meinung äußern und heute ist es genau wieder so!" Damals wie heute verfolgt uns die Justiz und verhindert die freie Entwicklung einer eigenen Meinungsbildung, die das Selbstverständnis eines demokratischen Systems ausmachen.

Die heiße Fase dieser Entwicklung begann damit, als man 1988 den Bundestagspräsident Ph. Jenninger, in den Medien über maßlose, eskalierende Verleumdungen vernichtete. Er hatte die Judenpogromrede schlecht betont. Bundesabgeordneter Hohmann aus Fulda erwähnte eine jüdische Beteiligung an der Russischen Revolution, Tilo Sarrazin kritisierte die Integrationsmängel der BR-Deutschland, Erika Steinbach übte Kritik an Polen, Kirstin Heisig und Andere trieb man in den Selbstmord. Alle aber wurden von der Opposition, unter Mithilfe der Medien brachial vernichtet und zum Rücktritt gezwungen, oder verließen ihr Amt freiwillig, bevor es zur Hexenjagd kam. Schließlich traut sich kein Politiker mehr seine Meinung zu sagen oder einen Vergleich zu ziehen. Wie ist dies möglich und warum diese unüberlegte Gesetzgebung? Weil viele Politiker ihre Partei nicht mehr aus innerer Überzeugung, sondern aus Geltungs- und Erfolgsgier auswählen. Der Wunsch nach schnellem Reichtum verführt zur Überforderung durch lukrative Nebenämter so, dass wichtige Gesetze unüberlegt verabschiedet werden. Beispielsweise verführen die unausgewogenen Schnellgesetze über Fremdenfeindlichkeit oder Auschwitzlüge dazu, dass Historiker immer öfter zum Vergleichsverzicht und Geschichtsfärbung gezwungen werden damit man sie nicht gerichtlich belangt. Gleichzeitig aber, nutzen andere Gruppierungen diese Gesetzeslücken zu ihrem Vorteil aus. Dabei missachten sie das achte Gebot: „Du sollst nicht falsches Zeugnis geben" in gewissenloser Weise um ihre Ziele zu erreichen, man verursachte damit alle Kriege dieser Welt und vernichteten Milliarden von Menschenleben. Frage: Lohnt sich Geschichtsaufarbeitung überhaupt noch in diesem Lande?

Diese Unkultur hat auch die Kommunen erreicht und traf mich, den kleinen Bürger 2010, der es wagte die Regierungsparteien einer Kleinstadt zu kritisieren.

Ich wollte lediglich konkret wissen: „Was passiert wenn ich eine kommunale Einrichtung der Unwahrheit bezichtige," damit ich den Vorgang dokumentieren kann. Den darauf erfolgten Rufmordangriff erfahren Sie auf den nächsten Seiten (03 bis 23)! Nachfolgend zitiere ich noch die Seiltänze des Bürgermeisters aus

Presseberichten, füge meinen verbotenen Judenbericht bei, begründe die Aufgabe meiner hist. Tätigkeit und schildere die Lage der Hist. Vereine im Umland.

Der Offene Brief an die Umlandpresse

Ich will wissen was passiert, wenn ich als kleiner Bürger kommunale und parteiliche Unehrlichkeiten kritisiere. Alle Reaktionen werden nachfolgend dokumentiert.

Nachdem 2008 die Stadt Hattersheim das Buch „Diktatur, Widerstand, Vertreibung 1933 - 1945“ veröffentlicht hatte, in dem neben Juden und Wiederständler auch die Okrifteler Zigeunerfamilien benannt sind, gründete sich unmittelbar danach eine „Arbeitsgemeinschaft Opfergedenken“ (AG). Die Bürger sprachen sich positiv für ein Gedenken aus nur wollten einige eine zentrale Gedenkstätte, wo man in Würde und ohne Straßenbetrieb in Ruhe gedenken, sich treffen, miteinander sprechen, Blumen niederlegen und jährliche Gedenkfeiern veranstalten könnte. Eine Aktions-Gruppe bildete sich und setzte sich unter der Leitung des Bürgermeisters und seiner Führungsriege für Opfersteine mit Messingplatten ein, die im Bürgersteig vor die Eingangstüren ehemalig Verfolgter platziert werden. Für jeden Verfolgten einen Stein. Die eingefrästen Namen sollen den Passanten im Vorbeigehen an die bedauernswerten Menschen und die Schrecken der Diktatur erinnern. Auch die nicht zu Schaden gekommenen Personen obiger Minderheiten, die also keine Opfer waren, sollen einen Gedenkstein erhalten. Diese Interessengruppe, welche am kommunalen Machthebel sitzt realisierte dann ihr Projekt unter Missachtung unserer demokratischen Grundsätze, teilweise sogar untransparent und Sachverhalte verdrehend gegen den Willen und die Bedenken betroffener Mitbürger.
In zweijähriger, intensiver Reklame vonseiten der AG Opfergedenken nebst Bürgermeister Franssen betonten sie ihre Transparenz zur Sache und versprachen ständig, die Steine nur mit dem Einverständnis der betroffenen Bürger zu verlegen. Eine gemeinsame Zusammenkunft der Bürger betroffener Haushalte wurde vermieden. Eine bloße Einladung an 20 betroffene Haushalte (von xx) im April 2010 zur Diskussionsveranstaltung über dieses Thema erwähnte in keiner Weise, dass es sich hier um eine bereits entschiedene Maßnahme handelt. Die über die Köpfe der Bürger entschiedene Verlegung erfolgt in Raten und die Adressen hält man geheim, damit wohl keine großen Gegnergruppen entstehen können. Die undeutliche Vorgehensweise ist hinterlistig und erweckt stark den Eindruck, dass Gegenmeinungen gar nicht entstehen sollten. Deutschlandweit gibt es Städte, die sich gegen ein stolpersteiniges Opfergedenken aussprachen und lieber informativere Umsetzungen des Gedenkens bevorzugten. Das Hattersheimer Präsidium stimmten 2009 für eine Verlegung auf freiwilliger Basis. Parlament und Magistrat gaben diese Empfehlung an die Stadtverordnetenversammlung weiter, welche im Glauben an das mündlich Beschlossene auf die demokratische Abstimmungspflicht sowie ein Protokoll verzichteten und finanzielle Mittel zur Verfügung stellten. Noch in einer Bürgerversammlung am 20.05.2010 teilte der Bürgermeister, als AG- Vorsitzender, der Umlandpresse „scheindemokratisch“ mit: „Dass ihm die Zustimmung der Anwohner am Herzen liege,“ oder „aber wir möchten die Steine nur mit Zustimmung der Hausbewohner verlegen,“ und „ Wir wollen niemandem etwas überstülpen.“ Die Presse setzte diese Aussagen fachgerecht zwischen Anführungsstriche und demonstrierte damit, für jeden Leser, die wörtliche Wiedergabe der erhaltenen Information. Eine Bürgerin teilte nach der Einladung zur Diskussion und einem Telefongespräch mit dem Stadtsekretariat im April schriftlich mit, dass sie von einer Teilnahme des Projektes absehe. Ein anderer misstrauisch gewordener, betroffener Bürger hinterfragte in der schlecht besuchten Diskussionsversammlung als einzig

anwesender Hausbetroffener die wahre Absicht der AG und erhielt vom Bürgermeister nach langem Ausweichen, die Aussage: „Die Steine werden auch gegen den Willen der Bürger verlegt!“ Der Fragesteller informierte nun umgehend weitere vermeintlich betroffenen Haushalte über die erste diktierte Durchführung der Steinverlegung und traf wütende Bürger an, die angaben von dieser Maßnahme nichts zu wissen und in der Mehrheit schriftlich ihre Ablehnung zur Steinsetzung an die AG gaben.
Im AG- Protokoll vom 16.06.2010 war man sich zu 95% einig, dass die Opfersteine nun brachial, auch gegen den Willen der Anlieger zwangsverlegt werden.
Die AG lud nun die Gegner zu einem weiteren Gespräch am 10.08.2010 ein, in welchem der Bürgermeister auf Nachfrage seine Presseinformation (Frf.-Rundschau, Neue Presse und Hö. Kreisbtatt) vom 20.05 2010 dementierte und als Missverstehen der Presse bezeichnete. Die Frage eines Gegners, warum er als Bürgermeister vor drei Jahren eine privat finanzierte Gedenkstätte in Eddersheim ablehnte, die sowohl NS-Verfolgte als auch gefallene Soldaten und der Bombenopfer gedenken sollte, beantwortete er mit: „Weil dann Opfer und Täter auf einer Tafel stünden.“ Die entrüstete Frage eines Gegners, ob er zwangsrekrutierte Soldaten und Bombenopfer als Täter hielt, lies er unbeantwortet. Der Nachgeschmack einer Opferdiskriminierung bleibt. Die wiederholt gestellte Frage um Einsichtnahme in das Protokoll, welches die Zwangsverlegung verordnete, beantwortete er: „Durch die Zuteilung der Finanzmittel wurde eine Abstimmung überflüssig!“ Dies kann jedoch nicht gelten, wenn ein hochprozentiger Anteil der Betroffenen Einspruch erhoben haben. Weder sind alle betroffenen und zukünftigen Haushalte direkt informiert, noch durften sie gemeinsam abstimmen. Herr Franssen und einige AG- Mitglieder hielten es jedoch für sehr wichtig, den Gegnern den Begriff „Zwangsverlegung“ in etwa zu verbieten. Schließlich schlug ein anwesender Oppositionspolitiker vor, eine Neuorientierung zu beraten und vorläufig nur die Steine vor stadteigenen Gebäuden zu verlegen.
In dem nachfolgenden AG- Protokoll vom 19.08 2010 berichtet man über die Einspruchsrücknahme eines Gemeindeangestellten, den der Bürgermeister zum Rapport gebeten hatte. Auch soll der Nachbar ihm und seiner Mutter mit Horrorgeschichten Angst vor eventuellen Folgen der Steinsetzung gemacht haben. Bei Rücksprachen beider Nachbarn dementierte der Gemeindeangestellte die Darstellungen im Protokoll. Eine Anmerkung im Protokoll auf ein zweites Protokoll (Geheimschrift?) macht nachdenklich und erinnert an Praktiken von Unrechtstaaten aus jüngster Vergangenheit
Die Rückschlüsse der Gegner aus den Verhaltensweisen der AG waren eindeutig. Man wollte von Anfang an die Verlegung durchsetzen, was der Bürgermeister indirekt zugab indem er sagte: „Man wollte die Aktion nicht gleich zu Anfang von der Presse zerreden lassen.“ Es scheint ein überzogenes Geltungsbedürfnis zu sein, weil er bei der ersten Steinsetzung sinngemäß verlautete: „Ich bin sehr glücklich, dass es mir in meinen letzten Amtstagen noch gelungen ist die Opfersteinaktion zu starten.“ Die Rapportbestellung des Gemeindeangestellten wird von den Gegnern als Nötigung empfunden.“ Wahrheit, Ehrlichkeit, Gerechtigkeit und Anstand bleiben hier offensichtlich auf der Strecke und das Vertrauen an Politik und Behörde geht verloren. Wenn man als Bürgermeister seit 2008 wegen unmöglichen Delikten durch die Umlandpresse immer wieder erwähnt, von der Opposition wiederholt öffentlich zum Rücktritt aufgefordert wird oder von politischen Kollegen gesagt bekommt: „Sie biegen sich die Wahrheit immer so zurecht, wie Sie diese brauchen“, zeigt es deutlich, dass sich Bürger getäuscht fühlen. Wenn er dann auch noch gegen Dienstende in Sache Stolpersteine seine Trickserei nochmals auf die Spitze treibt,

dann ist dies eine bürgerverachtende Respektlosigkeit, die nur durch die blinde Unterstützung seiner Regierungsparteien und einigen „willigen Helfern“ möglich war.

Bei der ersten Steinverlegung in der Staufenstr. am 09.09. 2010 waren zusammen mit Zuschauer, Schüler, Presse und Arbeiter 29 Personen vor Ort. In der Neugasse waren am 09.11.(Pogromnacht) mit dem Polizeiaufgebot zusammen 59 Personen vor Ort, weil sich Einige sensationslüstern Proteste der Anwohner versprachen, die sich allerdings auf 1Transparent im Fenster beschränkte.
Außer den Okrifteler Gegnern gibt es auch noch Prominente wie die jüdische ehem. Zentralratsvorsitzende Frau Knobloch, die solche Denkmale ablehnt, weil Sie im Straßenstaub liegen und mit Füßen getreten werden. Die Literaturwissenschaftlerin und Leiterin der „Begegnungsstädte Alte Synagoge in Wuppertal“ Ulrike Schrader führt an, „dass sich viele Politiker und Promis mit diesem unwürdigen Ablasshandel über die Pressepräsenz schmücken wollen.“ Die Stadt München und ihre jüdische Gemeinde begründen ihre Ablehnung ähnlich. Die allgemeine Kritik unterstellt Selbstdarstellung, Geltungssucht, Kommerzialisierung und Eigennutz und verurteilen vehement, wenn man die Kritiker sofort in die rechte Ecke stellt und bei unüberlegter Wortwahl bestraft. Weil man 1942 auch die Kritiker des Judensterns in die linke Ecke platzierte und bestrafte empfinden Sie keinen Unterschied zwischen damals und heute. Die Tatsache aber, dass damals Diktatur und heute Demokratie herrscht lässt unsere Demokratie als sehr geschädigt erscheinen. Wenn 50% der Bürger nicht mehr wählen gehen, und Linke, Rechte, sowie religiöse Extremgruppen ständig zunehmen sind das alarmierende Zeichen, denen wir mit Mut und Privatcourage begegnen müssen. Die Steingegner in Okriftel haben durch ihren Widerstand Zivilcourage bewiesen und ertragen das von ihnen deutlich empfundene Mobbing der AG mit dem Beigeschmack der Erinnerung an respektlose Fremdbestimmung.

Die Pressefreiheit und die Angst

Gäbe es nicht die Angst vor Repressalien und Verleumdungen, dann wäre unsere hochgelobte demokratische Freiheit ein Segen für die Menschheitsentwicklung. Das Angebot obigen „Offenen Briefes“ an die Chefredakteure der Umlandpresse löste die Aussage aus: „Das tangiert jüdische Belange, wenn wir dies veröffentlichen stellt man uns in eine Ecke, wo wir nicht hin gehören.“ Obwohl wir über die Demokratiefeindlichkeit einer Meinung waren, wollte man die Aussagen reduzieren wodurch die Wirkung dieser Offenlegung allerdings fast annulliert wird.
Am Unterdrückungsprinzip gegen die breite Volksmasse hat sich über Jahrtausende nichts geändert. Die moderne Forschung gibt uns sie Möglichkeit in das finstere Loch der Menschheitsgeschichte zu schauen. Man sieht dann, dass gut und böse in ständigem, gnadenlosem Kampf lagen. Da die Gewaltbereitesten stets die Sieger waren und somit die Helden der Geschichte stellten, wurde ihr Unrecht nie öffentlich gemacht. Aus unteren Schichten kommend begann man in der Frühzeit mit Wegelagerung und Piraterie, bis man in Höchste Kreise berufen wurde. In höheren Kreisen rodeten sich Familienclans gegenseitig aus , um an die Macht zu gelangen. Anschließend betrieb man Völkermord und Sklaverei um Land u. Vermögen zu rauben.
In unserer Neuzeit bezeichnet man diese Untaten als Kriegsverbrechen, Politik- und Wirtschaftsbetrug oder Finanz- und Börsenbetrug in überdimensionierten Ausmaßen. Von der Kommune bis hin zur Bundesregierung belügt und betrügt man das Wahlvolk schamlos wie die Hattersheimer Stolpersteinaffäre, der Flughafenausbau oder Stuttgard 21 beweisen. Man manipuliert sogar die sogenannte freie Presse und redet uns ein in einer freien Demokratie zu leben. Die Menschen haben keine

Möglichkeit ihren Frust öffentlich zu artikulieren, schimpfen und gehen nicht mehr zur Wahl. Vergleicht man nun die Okrifteler Integrationsgeschichte mit obigem Desaster, dann muss man die **Leistung der Okrifteler Bürger** zu einem Jahrtausenderfolg werten.

"Würden die Wähler mehr nachdenken, wären unsere Politiker besser!"

Positionsverzeichnis einer Hexenjagd 2010

(1) Der Informationsaufruf für das Hattersheimer Buch Diktatur, Wiederstand, Verfolgung veranlasste mich im März 2008 Herrn Schwarz mein Wissen anzubieten, was er jedoch kategorisch ablehnte.
(2) Nach Bucherscheinung und AG Gründung im Nov. 2008 stellte ich eine total falsche Darstellung der Ereignisse um Haus Neugasse 10 fest.
(3) Das Präsidium empfahl 2009 „nur im Einverständnis der Hauseigner verlegen."
(4) Bürgermeister Franssen beteuerte diese Freiwilligkeit vor der Stadtverordneten-versammlung, die ihm dann ohne Abstimmung Finanzmittel genehmigte.
(5) Historikerin Frau Schmidt stellte am 29.4.2010 ihre Glaubwürdigkeit heraus, was allerdings so, in keinster Weise stimmt.
(6) Betroffene wurden im Postwurfverfahren, ohne Zieladresse informiert.
(7) Auf Bürgerversammlung am 20.5.2010 wurde nach gezielter Hinterfragung Zwangsverlegung festgestellt. Der Presse täuschte man aber noch Freiwilligkeit vor.
(8) Die Information an Beteiligte löste, b. nur 4 Gebäuden, 13 Wiedersprüche aus.
(9) Im AG- Protokoll vom 16.6.10 sprach man dann offen von Zwangsverlegung.
(10) In einem Gespräch am 10. 8 10 sollten mich 4 AG- Mitglieder umstimmen. Dann saßen mir jedoch 20 Personen gegenüber die mich nicht meine Wiederstandsbegründung artikulieren ließen.
(11) Statt dessen bezeichnete der Bürgermeister die zwangsgezogenen Soldaten und die Bombenopfer indirekt als „Täter."
(12) Im Nachhinein fasse ich einige prominente Kritiker d. Stolpersteine zusammen.
(13) In der AG- Sitzung v. 18.8.2010 beschuldigt man die Gegner d. „Panikmache."
(14) Opositionsparteien verweisen nochmals in der Presse auf die fast 2jährige Zusage der Freiwilligkeit.
(15) Erste Steinverlegung am 9.9.2010 in der Staufenstraße.
(16) Zweite Steinverlegung am 9.11.2010 in Neugasse 10.
(17) Offener Brief am 2.1.2011 an Kreisblatt und Rundschau übergeben. Er eröffnet Hexentreiben und allergrößten Rufmord gegen mich.
(18) Rundschau Rufmord u. frei erfundene Lügen (gezielte Unwahrheit) sind unmöglich.
(19) Höchster Kreisblatt ist nicht ganz so schlimm.
(20) SPD, Grüne u. Linke verl. Ausschl. als MTK- Jahrbuchautor u. Schreibverbot.
(21) Vorsitzender A. Krump bat mich am 20.1.2011 um das Manuskript (Prüfexemplar) unseres Zigeunerbuches und gab dies ohne Absprache weiter. So gelangte das Manuskript über Umwege zu der AG Opfergedenken, die mich deshalb verklagen wollen.
(22) In der AG- Sitzung am 15.2.2011 spielten sich hysterische Szenen ab.
(23) Bestellung in das Kreishaus und in Stadt Flörsheim für 3.2.11 und am 7.2. 2011 Streitperson in Kreistagssitzung.
(24) AG kündigt Lixenfeld Geisterdialog auf, der seit dem Gespräch vom 10.8.2010 **niemals** von ihm geführt wurde. AG will sich Konfrontationsalibi verschaffen!
(25) Bestellung am 24.2.2010 in das Kreishaus und Stadt Flörsheim und am 28.2. 2011 wieder Streitperson in Kreistagssitzung.
(26) **Landrat gibt Ehrenerklärung für Lixenfeld ab** und bewirkt Rückname des SPD-Antrages, den Autor zu bestrafen.

(27) AG- Chef Franssen besucht alle Vereinsveranstaltungen um sämtliche Steingegner in die rechte Ecke zu reden. Außerdem behauptet er, der Landrat hätte die Ehrenerklärung für Lixenfeld wieder zurückgenommen?
(28) Erklärung zu meiner Motivation, Betrachtung und Hinterfragung, bzw. die Vorstellung der führenden AG Opfergedenken- Mitglieder.
Frage: Kann gezielte Unwahrheit noch als "Pressefreiheit" bezeichnet werden, oder entspricht dies mehr dem Begriff "Verleumdungsfreiheit."

Beweisführung aus Urquellen die niemand sehen wollte

(1) Die Autoren des Hattersheimer Buches „Diktatur, Wiederstand, Verfolgung 1933 - 1945 hatten wiederholt um Informationen über Juden- und Zigeunerhäuser gebeten. So sprach ich im März 2008 den Stadtarchivar Wilfried Schwarz an, um ihm mein Wissen über das Haus Neugasse 10 mitzuteilen, damit hier nicht falsche Daten im Buch verwendet werden. H. Schwarz hatte im Zeitdruck wohl bereits genügend Daten die er für richtig hielt und meinte recht unfreundlich: „Ich bin studierter Historiker und weis was in das Buch gehört!“ Ich stellte darauf mein Bemühen ein.

Das Haus über welches der Streit begann

(2) Die Geschichte des Hauses Neugasse 10 in Hattersheim Okriftel ist sehr wunderlich und kann nicht gänzlich ohne Ironie wiedergegeben werden. So brachte die 28 jährige Bauerntochter Marie- Marg. Bender aus Diedenbergen, gemäß Familienüberlieferung, das Haus 1831 mit nach Okriftel, als sie a.19.6.1831 den 57 Jährigen Okrifteler Bäckermeister Johann- Hennrich Müller Heiratete. Solche Transaktionen waren damals nicht wunderlich weil es billiger war ein gut erhaltenes Fachwerk abzubauen und andern Ortes wieder zu Errichten, als völlig neu zu Bauen. Man stellte das rechtwinkelige Gebäude auf die nördliche Seite des vormittelalterlichen Handelsweges der von Möhrfelden kommend, durch die Mainfurt nach Okriftel, über Marxheim und später über Diedenbergen, nach Langenhain und weiter nach Limburg führte, und der heute „Neugasse“ heißt.
Die Grundstücksgrenzen waren damals nicht ausgesteint und auch nicht so vermessen wie dies ab 1869 geschah. Als die Preußischen Landvermesser um 1869 dieses Gelände als Baugelände erschlossen, folgten sie nicht den Konturen des bereits bestehenden Hauses (Nr.10) sondern zeichneten von der Süd- West-Ecke aus eine gerade, nicht rechtwinkelige, Grenze ein die parallel zur Hattersheim-erstraße verlief. Der Bauherr lies zwar damals in Kenntnis der schrägen Grenze einen kleinen Abstand der aber nicht exakt stimmte.
Nachdem die Immobilie schließlich um 1890 von der Tochter Marie- Katharina, verh. Schmidt an den Sohn Wilhelm vererbt war, verkaufte dieser das Anwesen um 1913 an d. Chrl. Altwarenhändler Adolf Schwarz, der die Immobilie 1913 auf seine jüdische Ehefrau Johanna geb. Eskeles eintragen lies. Der mittellose Händler hatte den Kaufpreis, 4.300,- Goldmark bei der evangel. Kirchen- Gemeinde in Oberliederbach aufgenommen und weil er nie Zinsen und Tilgung zahlte war der Betrag 1938 auf 8761 RM angewachsen. Ein Antrag der ev. Gemeinde auf Zwangsversteigerung ging um 1922 in den Nachkriegswirren unter und weitere Versteigerungstermine 1927 und 1931 umging er über Umschuldung. Da er 1938 nicht mehr im Hause lebte wurde die Zwangsversteigerung 1939 vollzogen. Bei dieser Versteigerung Überboten sich Marie- Katharinas Enkelinen Luise Müller und Anna Kranz- Meyer und trieben den Preis unnötig über den bestehenden Kurswert. Letztere deshalb, weil sie im Anschluss des Hausgartens ein Feldstück von 2500 Quadratmetern zu Eigen hatten.

Anna Kranz bereute diesen Kauf für 2540 RM später sehr, weil die „Jewish-Restitution“ 1949 – 1951 ungerechtfertigter Weise eine Wiedergutmachung von 500,- DM verlangte, was dem damaligen Grundwert (1- 1,2 DM / qm.) annähernd entsprach.
Das Baufällige Gebäude wurde 1947 – 1950 v. Fam. Kranz abgebrochen und größer aufgebaut. Hier machten sie den Fehler und entsprachen dem Wunsche des Nachbarn Philipp Ritter, an dessen Gebäude anzubauen bzw. 4,7 Qm zu überbauen damit beider Wände vom Niederschlagswasser nicht Feucht werden. Ritter gab Fam. Kranz eine schriftliche Einverständniserklärung die der Nachfolgeeigner nicht anerkannte. Er erstritt dann 1962 über das Gericht 3.860,00 DM + Rechtsanwalt- + Gerichtskosten = 4.500,- DM. Dieser Betrag überstieg den damaligen Grundwert um einiges. 1955 erzwang die Gemeinde dann den Verkauf von ca.1000 Qm. für Albert Schweizerstraße und Spielplatz zum Feldlandpreis. Die Familie hat somit obigen Bauplatz innerhalb 40 Jahren 4 –5 fach bezahlt!

Familie Schwarz, Holocaust und Stolpersteine

Adolf Schwarz, christlich geb. in Merenberg bei Weilburg. „Der Handelsmann“ war von kleiner, schlanker Statur und wusste bequem zu leben. Die Nachbarn erzählten dem Autoren später, dass sie ihn niemals hätten arbeiten sehen. Er war seit 1899 mit der Jüdin Johanna Eskoles aus Kelsterbach verheiratet, die ihrerseits auch klein und zierlich, aber recht fleißig war. Sie ging noch neben ihrer Hausarbeit mit Kurzwaren haussieren und versorgte die Familie mit dem allernötigsten Lebensunterhalt. Der Handelsmann Adolf hatte einen langen, hageren Gehilfen namens Karl, der für ihn mit einem Karren umher zog und Lumpen sowie Altmetall sammelte, erstere wurden in der Scheune gelagert und das Altmetall lag hinter der Scheune im Garten. Zeitzeugen erzählten, dass sie über das Feld im Garten Altmetall stahlen und dies in der Neugasse am Tor der Familie wieder anboten. Eine gemeinsame Tochter Selma wurde dem Ehepaar Schwarz am 2.April 1900 in Okriftel geboren. Selma verließ 1937 Okriftel und heiratete in Frankfurt Eduard Gotthilf.
Der Handelsmann muss wohl sehr früh begriffen haben, dass es sinnvoller ist Geld arbeiten zu lassen, als sich selber abzuquälen. Er hielt sich vor seiner Zeit in Okriftel, einige Zeit in Oberliederbach auf und gewann in der evangelischen Gemeinde Ansehen und Vertrauen so dass, man ihm am 15. Juni 1905 ein Darlehen von 4.300,- Reichsmark zu 4,5 % Zinsen gewährte. Dieses Geld lies er nun Arbeiten, vergaß aber die Zinsen an die Ev. Gemeinde Oberliederbach abzuführen. Okrifteler Zeitzeugen erzählten dem Autoren um 1969 /70, dass Schwarz früher reich war und sogar Geld privat verliehen habe. Geld privat zu verleihen war vor dem ersten Weltkrieg allgemein üblich, nur wussten die Zeitzeugen nicht, dass es Fremdes Geld war mit dem er arbeitete. Grob betrachtet war er also der Vorgänger jener wunderbaren Großbanken die bis 2009 das gleiche taten und 2010 mit 140 Milliarden Steuergeldern gestützt werden mussten, damit die Bundeswirtschaft nicht zusammen brach. Die Darlehensvergabe ist im Grundbuch Okriftel, Bd. 20, Blatt 483, Seite 166 nachzulesen. Nun ergab es sich, dass dieses alte, aus Diedenbergen importierte Häuschen zum Verkauf angeboten wurde. Adolf Schwarz kaufte das total verwohnte Gebäude billig und ließ es am 15.8.1913 im Grundbuch Okriftel auf den Namen seiner Ehefrau Johanna eintragen, sicherte sich aber „nach Maßgabe der Bewilligung vom 22.April 1913, auf Grundbuchseite 164 lebenslängliches Einsitzrecht zu. Diese kluge Manipulation ist also nicht eine Erfindung um die Jahre 2010. Die ev. Kirchengemeinde Oberliederbach wartete noch immer auf die Zahlung von Zinsen und Tilgung, konnte aber während des ersten Weltkrieges keine

Zwangsversteigerung erwirken und als sie 1922 einen Antrag stellte wurde dieser abgelehnt. Für Adolf Schwarz war dies ein echtes Wunder. Eine Zwangsversteigerung war auf Seite 164 schließlich in K 55/20 angeordnet, wurde aber aus unbekannten Gründen nicht vollstreckt. Eine weitere Zwangsversteigerung in K 25/31 angeordnet und am 13. Mai 1931, auf Seite 164 eingetragen wurde auch nicht vollstreckt. Ein Notar erklärte uns später, dass dies mit dem Eigentumsverhältnissen Schuldner Ehemann, Eigner Ehefrau zusammen hing. Diese wunderbare Rechtslage wird ja noch immer erfolgreich praktiziert. So konnte ein Bauunternehmer in den 90er Jahren 2,4 Milliarden Schulden machen, saß einige Monate im Gefängnis und wird in den Medien 2010 wieder wegen zwielichtigen Millionengeschäften erwähnt. Auf die Fragen woher das Geld sei sagte er, das Geld sei von seiner Frau und den Kindern geliehen die zu wundersamem Reichtum gekommen seien.
Die dritte Zwangsversteigerung „des Hauses im Wunderland“ erfolgt in 6 K 5 / 39 wurde dann in der NSDAP- Zeit angenommen, am 20 März 1939 im Grundbuch eingetragen, am 7. August für 2540,-RM ersteigert und erst am 28 Mai 1940 eingetragen weil die Geldgeber den Mindererlös von 2500,- RM gerichtlich angefochten hatten. Da die Schulden infolge der niemals erfolgten Zins- und Tilgungszahlungen auf 8.760,89 RM angewachsen waren mussten die Umschuldnerbanken 6.220,89 abschreiben, die dann als sogenannte Löschung auf dem Grundbuchblatt 166 erschienen. Die neuen Eigentümer, Familie Kranz erlebten mit ihrem teuer ersteigerten Erwerb ihr sogenanntes „Blaues Wunder“ indem sie den Bauplatzwert, ohne eigene Schuld, innerhalb 40 Jahren ca. 5 fach bezahlten.
Das „Blaue Wunder“ der Familie begann als sie 1949 den neuen Rohbau stehen hatten, das Geld der Schwiegereltern und das Eigene verbaut hatten und nun um ein Landesbaudarlehen ersuchten. Hier zwang man sie, laut Gesetzgebung, bei der Wiedergutmachungsbehörde zu melden, dass die Immobilie vor dem Kriege kurzzeitig einer Jüdin gehörte. Die Behörde übergab den Fall an die sog. „Jewish Restitution“ und diese verlangten 500,- DM Wiedergutmachung und horrende Nebenkosten, weil das Anwesen ja nach der Kristallnacht zum vermeintlichen Schnäppchenpreis von der NS- Behörde verschenkt worden wäre. Der Versuch die wirkliche Rechtslage über einen Rechtsanwalt zu erklären schlug fehl, weshalb der Rechtsberater empfahl, den Betrag in das Grundbuch eintragen zu lassen und bei späterer, besserer Rechtslage über das Gerichtswesen Klarheit zu verschaffen. Diese Rechtslage war aber auch im Wirtschaftswunder der 50er Jahren nicht gegeben, so dass man die 500,- DM + X schließlich bezahlte. Nach einigem Briefwechsel wegen Gebühren wurde die Löschungsbewilligung von Jewish Restitution erteilt, jedoch aus unbekannten Gründen nicht vorgenommen, weshalb bei der Überschreibung auf die Tochter Inge Kranz, verh. Lixenfeld am 25 März 1969 die Löschung durch den Ehemann Hermann Lixenfeld eingeleitet werden musste. Gott sei Dank, waren noch die alten Papiere vorhanden, sonst hätte man nochmals bezahlen müssen.

Recherchen um die Kristallnacht am 10.11 1938

Nachdem der Autor zu der Erkenntnis kam, dass eine Wiedergutmachungszahlung im anstehenden Falle rechtswidrig war, wollte er das Geld zurückholen und lies sich von Notar Dr Kruta aus Höchst beraten. Der Notar wollte sich bei Jewish Restitution erkundigen und die Familie sollte zunächst die Situation am 10.11.38 über Zeitzeugen klären. Somit ergab sich folgendes Bild: So führte der Autor am Montag dem 5.4.1969ein Gespräch mit Frau Volbert geb. Ritter die angab, dass am Nachmittag des 09.11. einige HJ- Buben zwei oder drei Fensterscheiben

eingeworfen hätten. Die Familie Schwarz hätten aber dann die Klappläden geschlossen und dann wären die Buben weitergezogen. Erst am Abend wäre es kurzzeitig lauter geworden. Sie sah fremde Männer und auch Einige Okrifteler auf der Straße. Es wurden aber keine Möbel aus die Straße geworfen und am Dach waren auch keine Schäden auszumachen. Frau Faust erzählte dann am 7.4.69 die gleiche Beobachtung sprach aber von Bettfedern die im Hof lagen. Außerdem wusste sie zu Berichten, dass man die alten Leute im Keller eingeschlossen und in der Küche das Wasser aufgedreht habe. Die Nachbarsfrauen hätten das Ehepaar Schwarz schließlich befreit. Am konkretesten war der Bericht des Heimatforschers Heinz Loos, der die Angaben der beiden Frauen bestätigte und darüber hinaus aussagte, dass der Bürgermeister mit einem Gehilfen das Ehepaar aus dem Keller befreite und mit sich nahm. Da die beiden morgens früh im Hattersheimer Bahnhof gesehen wurden, geht man davon aus, dass Sie noch am gleichen Abend, vom Bürgermeister verabschiedet, zum Bahnhof gingen und zur Tochter nach Frankfurt fuhren.„ Von den Frauen befreit“ stimmt indirekt also auch, weil diese den Bürgermeister benachrichtigten. Die beiden Nachbarsfrauen sahen Johanne Schwarz nicht mehr. Nur Anna Kranz sah von ihrem Garten aus, Frau Schwarz etwa zwei Tage später in das Haus gehen. Möglicherweise wollte sie ihre nötigsten Sachen holen. Die damals 12 jährigen Kinder Werner Schmidt und Lissi Lübke verh. Schollmayer erzählten von den randalierenden HJ- Buben und nannten auch Namen, erwähnten aber keine Schäden am Dach. Beteiligte Personen wurden auch von Heinz Loos genannt, hier aber soll auf Rücksicht der Nachfahren auf Namensnennungen verzichtet werden. Den wohl genauesten Bericht teilte mir die 1925 geborene Else Wagner, geb Faust am 04.09.2010 mit. Die 13jährige Else konnte aus dem Giebelfenster ihres Elternhauses den gesamten Hofbereich von Neugasse 10 überblicken, ohne selber gesehen zu werden. Sie bestätigte die Randale der HJ- Buben am Nachmittag und sprach von unbekannten und bekannten SA-Leuten die am Abend aktiv wurden. Sie schleiften bei dem vorherrschenden Regenwetter das Bettzeug der Familie in den Hof und schlitzten es auf. Möbel wurden weder im Hof noch auf der Straße zerschlagen und am Dach hat niemand manipuliert. Wie sie später hörte, hatte man das Ehepaar in den Keller gesperrt, den Wasserhahn in der Küche geöffnet und den Ablauf verstopft, so dass das Wasser in die Wohnung lief. Eine Gefahr des Ertrinkens bestand niemals, weil der Kellerboden aus Sand und Kies bestand der auch die mehrfache Wassermenge abgeführt hätte. Alle Nachbarn wären im Nachhinein froh darüber gewesen, dass der Bürgermeister die Alten Leute aus dem nassen, kalten Verlies befreite. Da nun sowohl der Vorbesitzer Wilhelm Schmitt, als auch Familie Schwarz überhaupt nichts an dem Gebäude pflegten war die Bausubstanz von unten und von oben total durchfeuchtet. Else Wagner beschrieb das Haus nebst Dach als äußerst marode, was auch ein Foto beweist. Auch den Gehilfen von Adolf Schwarz, ein großer dürrer Mensch namens Karl konnte sie ausführlich beschreiben und, dass Adolf nie arbeitete wusste sie auch zu berichten. Johanna Schwarz aber lobte sie als fleißige Hausfrau und Hausiererin. . **Die Aus- sagen bezüglich Haus Schwarz aus dem Buch von Anna Schmidt, „Diktatur, Wiederstand, Verfolgung 1933 - 1945“ sind also völlig falsch**. In der Kristallnacht wurden weder Möbel auf die Straße geworfen, noch Dachschäden verursacht! Vermutlich haben die Berater aus der Redaktion infolge Zeitdruck die Vorkommnisse aus anderen Häusern, auch im Haus Schwarz zugrunde gelegt.

Was die Dachschäden betrifft, die auf jenem Foto vom 19 März 1939 zu sehen sind ist zu sagen, dass es falscher überhaupt nicht mehr geht. In oben aufgeführtem Buch ist zu lesen: „Nicht nur ihre Wohnungseinrichtung wurde vollständig demoliert,

sondern auch das Dach ihres Hauses wurde großflächig eingerissen!“ Dieser Einriss erfolgte 4 Monate nach der Kristallnacht durch einen verblendeten NS- Fanatiker der in Okriftel als Ortsgruppenleiter fungierte. Der damals 11jährige Helmut Maier erzählte später in den 60iger Jahren: „Wir Kinder liefen damals fastnachtlich angezogen auf der Straße herum als uns Lehrer Schneider herbei winkte und erklärte mit uns in das Haus zu gehen. Weil dies das Elternhaus meiner Großmutter war, interessierte mich dieses Vorhaben. Der Lehrer brach die Versiegelung auf und wir gingen über eine schmale Leitertreppe auf den düsteren Dachboden, wo nur Licht durch ein kleines, schmutziges Giebelfensterchen und durch viele Ziegelspalten einflutete. Da sagte Herr Schneider: „So da wollen wir mal licht machen! Er griff in die durchhängenden, maroden Dachlatten und zerbrach sie mit einer Hand, so dass die Ziegel auf den Dachboden fielen. Die größeren Buben taten es ihm nach, indem sie mit zwei Händen oder zu zweit die faulen Latten zerbrachen und die Kleineren benutzten ein Stück Brett, mit dem sie Ziegel aus dem Lager hoben. So entstand in kurzer Zeit ein großes Loch, in das wir alle hinein passten. Nun meinte der Lehrer: „Bleibt mal schön steh`n ich mache jetzt ein Foto von Euch!“ Und so entstand jenes wundersame Foto, welches in o. a. Buch als: „äußerst seltene Quelle“ bezeichnet wurde und: „Es belegt bedrückend anschaulich das Ausmaß der Zerstörung!“ Oder im späteren Protokoll der AG- Opfer- gedenken vom 16 Juni 2010: „Frau Schmidt erinnert daran, dass das Schicksal der Familie Schwarz aus der Neugasse von zentraler Bedeutung für Okriftel sei!“ Diese Einschätzung beweist, dass die Betrachter überhaupt nicht in der Lage waren ein Bild richtig zu lesen und dieses Foto lediglich mit dem Sensationslüsternen Verstand eines Bildzeitungslesers wahrnahmen. Warum der Ortgruppenleiter diesen wunderlichen Unfug veranstaltete ist nicht mehr nachzuvollziehen. Schließlich beschädigte er ein Anwesen das zu diesem Zeitpunkt nicht mehr Eigentum des Ehepaares Schwarz war, weil es rechtlich solange dem Geldgeber gehört, bis die Schulden bezahlt sind.

Als beruflich geschulter Planfertiger, Zeichner und Maler, sowie als versierter Lokal-historiker kann man nicht verstehen, dass eine ausgebildete Historikerin nicht in der Lage war dieses Foto richtig zu lesen. Sie benutzte dieses Bild nach dem Bildzeitungsprinzip als „Horroraufhänger,“ verfasste ihren Buchtext entsprechend dramatisch, jedoch unrealistisch und verführte damit, die aus dem Bauchgefühl heraus urteilenden AG Opfergedenken- Mitglieder, zu Entscheidungen und Aussagen, von dessen realen Hintergründen diese nicht die geringste Kenntnis hatten. Wenn sich Frau Schmidts Recherchen nur auf Gerichts- und Spruchkammerakten beziehen, dann spricht dies nicht für eine professionelle Qualifikation ihrer Tätigkeit.

Was mit der Familie geschah ist aus Deportationslisten zu erfahren. Familie Schwarz soll mit der zweiten Deportation vom 11. November 1941 von Frankfurt aus in das polnische Ghetto Minzk verschleppt worden sein. Von hier aus verliert sich ihre Spur. Über Adolf Schw. steht in o. a. Buch: „Adolf Schwarz ist an der Ausweglosigkeit der Situation verzweifelt. Er nahm sich am 9 Januar 1939 in Frankfurt das Leben!“ Diese Formulierung rührt den Leser in dieser Geschichte mehr als die reale Wahrheit und zeugt gleichzeitig von der Ahnungslosigkeit und Unkenntnis der Buchautoren über den tatsächlichen Hergang des Dramas. Realistisch dargestellt müsste das heißen: „ Wenn man 34 Jahre einen so hohen Geldbetrag veruntreut hat und mit über 60 Jahren ein gnadenloses Gerichtsverfahren in Aussicht steht, kann man sehr wohl „an der Ausweglosigkeit der Situation verzweifeln.“ Hinzu kamen ja vermutlich noch altersbedingte Krankheiten und da man kein Krankenkassenmitglied war sowie kein Bargeld für Arzt und Medikamente zur Verfügung hatte kann man ohne weiteres „Ausweglosigkeit“ bescheinigen,

allerdings durch eigenes Verschulden, was überhaupt nichts mit der Judenverfolgung zu tun hat. Was die Nationalsozialisten mit den Juden oder anderen Minderheiten und selbst auch mit dem eigenen Volk machten ist unverzeihlich, unverständlich und infam.
Schlimmer aber noch ist die Tatsache, dass dieses Verbrechen nur ein Glied in einer riesigen Kette von Verbrechen ist, die seit Anbeginn der Menschheit bis hin zum heute, von Menschen gegen Menschen verübt wurden. Und die Menschen haben nichts daraus gelernt und machen in ihrer wunderschönen Welt immer so weiter.
Sie vernichten sogar 2011 einen Menschen der nur die tatsächlichen Sachverhalte darstellen will!

"Behörden und Parteien haben immer recht, auch wenn Sie nicht rechts stehen!"

Schwiegermutter Anna Kranz erzählte oft wie sie Johanna Schwarz immer wieder Obst und Gemüse aus ihrem Garten unter einem Busch am Zaun deponierte. Frau Schwarz durfte es aber nur bei Dunkelheit abholen, damit die Geberin selber nicht verraten wurde. Wenn bei Anna Kranz während des Erzählens dann die Stimme versagte und die Tränen über ihr Gesicht liefen, würgte es auch bei mir im Hals. Ich verstehe selbst mit 76 Jahren noch nicht, warum die Menschen so gemein gegen Ihresgleichen sein konnten und können!
(3) Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Hattersheim teilte in der IX. Wahlperiode im Jahre 2009, auf Berichtseite 3 mit: „Zur Vorbereitung des Stolperstein-Projektes bedarf es einer umfangreichen Information der Bürgerinnen und Bürger." Eine „Umfangreiche Information" wurde jedoch von der AG Opfergedenken nicht umgesetzt weil sie den Hausbesitzern vortäuschten, sie könnten persönlich über die Steinsetzung entscheiden. Die Empfehlung des Präsidiums lautete eindeutig: „Die Steine nur mit Zustimmung der Betroffenen zu verlegen!" Die AG hatte aber gleich zu Anfang für Zwangsverlegung abgestimmt.
(4) Der Bürgermeister Hans Franssen (AG- Voesitzender) stellte am 29.4.2010 in seinem Schreiben den Terminellen Ablauf bis zur Verlegung klar. Da er auch bei den Recherchen des Buches einen sehr großen Zeitdruck ausübte, konnte die Autorin nicht die dringend notwendigen Zeitzeugenbefragungen ausführen. Er alleine hat es zu Verantworten, dass die Ereignisse im Buch falsch dargestellt sind. Des Weiteren werfen ihm eingeweihte Personen vor, die Stadtverordnetenversammlung mit seinen ständigen Beteuerungen der freiwilligen Steinverlegung getäuscht zu haben. Nachdem die Verordneten nicht für Zwangsverlegung oder Freiwilligkeit abgestimmt hatten, aber trotzdem Mittel für den Bauhof zur Verfügung stellten, leitete Franssen daraus ab, dass die AG nun die Zwangsmaßnahmen entscheiden dürfte. Eine solche Entscheidung kann aber nur die Stadtverordnetenversammlung treffen und eine AG hat hier kein Entscheidungsrecht.
(5) Im gleichen Schreiben v.29.4. heißt es unter „Umsetzung des Projektes," Seite 2, Absatz 1: „Als Arbeitsgrundlagen dienten die Forschungsergebnisse, die von der Historikerin Anna Schmidt....." Frau Schmidt leitet hieraus ihre Glaubwürdigkeit ab, die aber infolge Franssens hektischen Zeitvorgaben nicht gegeben ist.
(6) Der oben aufgeführte Brief vom 29.4. soll angeblich bei den ersten 20 Stolperstein- Adressen abgegeben worden sein. Da er ohne Zieladresse war und nichts von Zwangsmaßnahmen darin stand, werteten die Betroffenen das Schreiben als Postwurfsendung und besuchten auch nicht die angekündigte Bürgerversammlung zum 19 Mai. Deshalb war auch nur ein einziger, betroffener Hausbesitzer dort erschienen. Eingeweihte behaupteten später, dass dies genau so gewollt, geplant und beabsichtigt war. Ab diesem Termin durchschaute ich, Hermann Lixenfeld, die unehrliche Planung des Herrn Franssen und seiner AG und wurde aktiv in Sache Stolpersteine. Da ich mit Franssen bereits 1995 anlässlich der Sanierung Neugasse -

Langgasse Meinungsverschiedenheiten hatte und nur über Unterschriftensammlung die Bürgersteigbreite erhalten, und 30 Km Höchstgeschwindigkeit durchsetzen konnte (siehe 8 Presseberichte von April bis Juni), ist mir seine Taktik bekannt. Die 12 Zeitungsberichte über jene Wahlbetrugs- Affäre und Grundstücks- Makelei 2008 - 2009 erweiterte mein Wissen über Ihn.

(7) In der Bürgerversammlung am 20.5.2010 teilte Franssen dem Hö. Kreisbl. mit (Ausg. 21.5.): „Obwohl die Bürgersteige städtisches Eigentum sind, wollen wir nichts überstülpen." Am 21.5. schrieb auch die neue Presse: „Wir wollen nichts überstülpen, sagte Franssen." Ebenfalls am 21.5. schrieb die Franfurter Rundschau: „Wir möchten die Stolpersteine nur mit Zustimmung der Hausbesitzer verlegen!" Diese bewussten Unwahrheiten setzte der Bürgermeister ab, obwohl er in der gleichen Versammlung, durch Hinterfragung, gezwungen wurde die bereits geplante und in der AG abgestimmte Zwangverlegung zuzugeben.

(8) Als ich diese Wissen an die anderen Beteiligten weiter gab, löste diese Auskunft allerhöchste Betroffenheit und Zorn aus, der sich in 13 Wiedersprüchen gegen dieses Projekt artikulierte. Die AG bezeichnete mich ab dato als „Aufwiegler."

(9) Im AG-Protokoll vom 16.6.2010 präsentierte man dann die Wahrheit Pur. Historikerin Schmidt sprach wieder von der „zentralen Bedeutung des Hauses Neugasse 10", Herr Spengler erinnerte an Lixenfelds Wunsch, alle Betroffenen zusammen abstimmen zu lassen, Herr Franssen verweist auf die Einladung der Betroffenen, die keine war, Herr Löffelholz verweist auf den frühen AG- Beschluss der Zwangverlegung und alle Mitglieder sind auf Seite 3 der Meinung, „dass die Stolpersteine so verlegt werden sollen. wie es in der Bürgerversammlung vorgestellt wurde." Gemäß den Zeitungsberichten vom 21.5.2010 sollte aber alles Freiwillig ablaufen. Wie soll man diesen Wiederspruch verstehen?

(10) Am 10.8. fand dann ein Gespräch zum Thema Stolpersteine statt in dem neben mir und meinen Kindern noch zwei Oppositionspolitiker und ein weiterer Beteiligter anwesend waren. Meine Ehefrau hatte an jenem Tage eine Herzoperation auf Leben und Tot zu bestehen und als ich nervlich erledigt in die Versammlung kam, bat ich um Verständnis wenn ich falsch reagiere. Franssen und Quirin sagten laut und deutlich, dass sie kein Verständnis hätten und so begann ein Gespräch einer gegen 20 anders denkende. Das Protokoll bestätigt auf Seite 1 eingegangene Einwendungen. Auf Seite 2 heißt es: „Des weiteren sei in der Stadtverordnetenversammlung nie beschlossen worden, dass die Steine auch gegen den Willen der Bewohner verlegt werden und dass die Verlegung freiwillig sei." Herr Lixenfeld spricht davon: „dass die Familie Gedenkorten für Opfer grundsätzlich positiv gegenüber steht, aber zentrale Gedenkstätten favorisiert." Herr Lixenfeld kritisiert die Buchautorin: „Sie habe für ihr Buch nicht korrekt recherchiert und Zeitzeugen nicht befragt." Außerdem zeigt Lixenfeld ein Foto von Haus Nr 10: „Er will damit dokumentieren, dass die Angaben im Buch über die NS- Zeit falsch dargestellt sind." Franssen und einige AG- Mitglieder unterbrechen Lixenfeld und verweisen darauf, dass sich Lixenfeld rechtfertigen wolle. Herr Muth FDP erinnert auf Seite 3 an die Freiwilligkeit und meint: „Dass darüber im Präsidium immer Konsens bestand." Da ich nun hauptsächlich gegen den Gedenkstein für den Finanzjongleur A. Schwarz war sagte Franssen: „Entweder werden Steine für alle Opfer verlegt, oder für keines." Anschließend erklärte die AG den Begriff „Zwangsverlegung „ als demagogisches Wort und verbaten sich diesen Begriff zu benutzen. Zum Schluss erklärte meine Tochter Pia, sich an einer Zentralen Gedenkstätte zu beteiligen weil sie in den Steinen keine gewünschte Wirkung sähe. Mein Sohn Michael sagte: „Bisher dachte ich das es verboten ist Gedenktafeln zu Betreten, aber zumindest gehört sich das doch nicht. Daran kann auch der Begriff

–Stolperstein- nichts ändern. Wäre da eine Gedenkstätte in passendem Rahmen nicht angebrachter?“ Die Argumente blieben unkommentiert.
Schließlich erinnerte Herr Muth nochmals eindringlich daran, dass Parlament und Präsidium die ganze Zeit über davon ausgingen, dass die Steine nur mit Zustimmung der Eigentümer verlegt werden. Familie Lixenfeld versprachen nochmals eine Finanzielle Unterstützung, falls ein zentrales Denkmal statt Opfersteine installiert wird.
(11) Die Frage von Herrn Jost an Franssen, warum er vor 3 Jahren in Eddersheim ein zentrales Denkmal für Juden, Bombenopfer und Soldaten ablehnte beantwortete dieser: Weil er nicht wolle, dass Opfer und Täter auf einer Tafel ständen! Die empörte Frage Lixenfelds, ob er unsere zwangsgezogenen Soldaten für Täter hielt, lies er unbeantwortet. Lixenfeld gab dann kund, dass er als Organisator eines solchen Denkmales jeden Namen der nicht lupenrein wäre außen vor lassen würde und dies verlange er auch von der Gegenseite!
(12) Außer den Okrifteler Gegnern gibt es auch noch Prominente wie die jüdische ehem. Zentralratsvorsitzende Frau Knobloch, die solche Denkmale ablehnt, weil Sie im Straßenstaub liegen und mit Füßen getreten werden. Die Literatur-wissenschaftlerin und Leiterin der „Begegnungsstädte Alte Synagoge in Wuppertal“ Ulrike Schrader führt, in der Jüdischen Zeitung vom Oktober 1007, an, „dass sich viele Politiker und Promis mit diesem unwürdigen Ablasshandel über die Pressepräsenz schmücken wollen.“ Die Stadt München und ihre jüdische Gemeinde begründen ihre Ablehnung ähnlich. In Krefeld lehnte der Stadtrat eine Verlegung auf Wunsch der jüdischen Gemeinde ab. Fraktionschef Karlheinz Wamser ist eine Zwangsverlegung der Steine ein Dorn im Auge. So auch FDP- Politikerin Eva Maria Fink Hanebuth. Sie befürchtet, dass die heutigen Hausbesitzer diskriminiert werden oder als Profiteure des Holocaust bezichtigt werden. In Fritzlar wurden von Hauseigentümern abgelehnte Stolpersteine im Archiv geparkt. In Brühl wurden die Steine auf dem Schulhof verlegt und nur in Hattersheim zerstört man dem Kritiker sein gesamtes Lebenswerk, weil er aus berechtigten Gründen anstatt drei, nur zwei Steine vor seiner Haustür dulden wollte. Die allgemeine Kritik unterstellt Selbstdarstellung, Geltungssucht, Kommerzialisierung und Eigennutz und verurteilen vehement, wenn man die Kritiker sofort in die rechte Ecke stellt und bei unüberlegter Wortwahl bestraft. Weil man 1942 auch die Kritiker des Judensterns in die linke Ecke platzierte und bestrafte empfinden viele keinen Unterschied zwischen damals und heute. Die Tatsache aber, dass damals Diktatur und heute Demokratie herrscht lässt unsere Demokratie als sehr biegsam erscheinen.
(13) In der AG- Sitzung vom 18.8.2010 beschuldigte man die Fam. Lixenfeld der Panikmache bei betroffenen Nachbarn. Dieser Vorwurf ist eine üble Unterstellung der AG und wurde umgehend im nachbarschaftlichen Dialog ausgeräumt.
(14) Höchster Kreisblatt vom 6.9.2010. „CDU kritisiert Franssens Aussage zu Stolpersteinen.“ Vorsitzender Klaus Schindling erklärt zur Zwangsverlegung: „Dem Bürgermeister scheinen seine eigenen Worte von vor einigen Wochen nicht mehr erinnerlich zu sein.“ Damals habe der Rathauschef überzeugend betont: „Dass eine Verlegung dieser Gedenksteine in keinem Fall ohne Einwilligung der Anwohner erfolgen soll.“ Der FDP- Vorsitzende Dietrich Muth formulierte sich ähnlich. Darf man nun sagen „Franssen lügt permanent?
(15) Bei der ersten Steinverlegung in der Staufenstr. am 09.09. 2010 waren zusammen mit Zuschauer, Schüler, Presse und Arbeiter 29 Personen vor Ort. Hier übergab Lixenfeld die nach Datum aufgelisteten Unwahrheiten der AG an RTL TV, Frankfurter Rundschau und Höchster Kreisblatt. Es geschah jedoch seitens der Presse überhaupt nichts. Lixenfeld glaubte sie hätten Angst, weil die Steine die

Juden betraf und wollte später **genau wissen, was passiert wenn er die AG, die Stadt und ihre Regierungsparteien der Unredlichkeit bezichtigt**e. Deshalb gab er exakt den gleichen Inhalt, am 2.1.2011 an die Gleiche Presse, als offenen Brief und in eigener Verantwortung weiter. Er erweckte damit die übelste Rufmordkampagne seines Lebens, die Bundesweit Kreise zog und sein Literarisches Lebenswerk vernichtete. Die Drahtzieher waren die AG und die Regierungsparteien SPD und Grüne, welche Stimmenverluste bei der Wahl im März 2011 befürchteten.

(16) In der Neugasse waren am 09.11.(Pocromnacht) mit dem Polizeiaufgebot zusammen 59 Personen vor Ort, weil sich Einige sensationslüstern Proteste der Anwohner versprachen, die sich allerdings auf Transparente am Tor und im Fenster beschränkten. Jenes Transparent am Tor mit einem Vergleich gelbe Sterne - gelbe Steine wurde drei Monate in keiner Zeitung erwähnt. Die gesamte Familie Lixenfeld hatte nichts mit der Aufhängung zu tun und war auch bei der Verlegung nicht vor Ort. Trotzdem wurde ihnen dieses Schild, nach dem offenen Brief, drei Monaten später als hochkriminelles Delikt ausgelegt und führte für H. Lixenfeld zum Verlust von der Mitgliedschaft dreier Geschichtsvereine.

(**17)** **Jener Offene Brief eröffnete nun ein erbarmungsloses Hexentreiben gegen mich!** Die Frankfurter Rundschau brach dabei alle Regeln des Anstandes und eliminierte den Rest von Mitmenschlichkeit in unserer Gesellschaft. Als meinungsprägende Zeitung ist sie eine Katastrophe. Das Kreisblatt ist nur wenig besser. Beide Redakteure hatte ich im Anschreiben und persönlichem Gespräch dringenst gebeten: **„Nur den Inhalt und die Aussage des offenen Briefes wiederzugeben!“** Außerdem bat ich dringend, den Gegnern, nicht die Inhalte der Anschreiben und des offenen Briefes zu übergeben sondern nur, wenn erforderlich, Rückfragen über einzelne Anklagepunkte zu nehmen. Wie man aus den nachfolgenden Berichten ersehen kann, gaben sie meine Unterlagen komplett als Kopien an meine Gegner weiter. Anhand meiner Beobachtungen im Wahlfälscher Skandal von 2008/9 legte ich in meiner Strategie fest, weder mit der Presse noch mit der AG einen Dialog zu führen, damit ich den Überblick über meine Eigenaussagen behalte. Die absolute Ausnahmen bildeten die Beantwortung je einer Frage an Fr.Helfrich und H. Becht am 2.2. bzw. am 4.2.2011.

(18) Der Rundschau- Journalistin Barbara Helfrich genügte der 2,5 seitige Brief nicht und fragte am 2.2. nach warum ich gegen den Stein von A. Schwarz bin. Ich begründete meine Ablehnung dann: „Wegen unkorrekter Finanzgeschäften des Herrn Schwarz!“ Frau H. wiederholte: „Also Betrug!“ Auf diese, Ihre Aussage ermahnte ich die Dame nochmals eindringlich nur den Inhalt und die Aussagen meines Briefes zu verwenden. Da ihr Artikel bereits am nächsten Tag erschien wusste ich, dass sie ihre, oder Frau Milas Quirins, falsche Aussagen bereits formuliert hatte, denn nur die AG wusste dass ich nur den Stein von A. Schwarz beanstandete. Ihr Artikel begann dann auch mit großen Lettern: „Hass auf Stolpersteine!“ und „Schon vor der Installation der Stolpersteine stachelte er die anderen Hauseigentümer an, ebenfalls Einspruch zu erheben!“ „Bettdecken wurden auf der Straße aufgeschlitzt.“ „Diesem Herrn Schwarz gehört kein Denkmal. er war ein Betrüger, wetterte Lixenfeld.“ „Hängen die Lixenfelds einen Zettel ans Hoftor „Damals gelbe Sterne, heute gelbe Steine. Heute wie damals erzwungen.“ Milas Quirin sagte der Presse: „hätten jedoch alle eingelenkt und die Steine akzeptiert“ und „darin ist kein Vetorecht betroffener Immobilienbesitzer verankert." Ist auch unwahr: Wird hier etwa die Pressefreiheit ganz bewusst zur "Verleumdungsfreiheit" umgekehrt?

Wichtige Fragen: Was haben diese Rufmordparolen mit dem Offenen Brief zu tun? Warum kommen diese haltlosen Diffamierungen, gegen die Familie, erst drei bis

sechs Monate nach den Verhandlungen bzw. der Steinsetzung zur Sprache? Wir haben doch wortlos, hilflos und notgedrungen die Zwangsverlegung der Steine akzeptiert und der Offene Brief zeigt doch lediglich die maßlose Wahrheitsbeugung der AG und Regierungsparteien gegen die Bürgerschaft an. Wir leben doch seit Jahren schon in einer Vertrauenskrise zwischen Volk und Politik. Hat man etwa Angst Wählerstimmen zu verlieren? Wir haben weder Hass gepredigt noch jemanden aufgestachelt. Niemals wurde von uns jemand „Betrüger" genannt und auf der Straße wurden keine Bettdecken aufgeschnitten. Niemand von der Familie hat ein Schild an das Tor gehängt. Wieso gab es niemals ein Vetorecht wenn bis Juni die freie Zustimmung angesagt war? Wieso bringt man meine Aussage „wegen unkorrekten Geldgeschäften" mit dem strafbaren Delikt des „Relativierens" in Verbindung? Waren dann solche Geldgeschäfte damals wie heute „als sogenannte Kavaliersdelikte" straffrei? Sind dann also die 100 Milliarden faulen Bankgeschäfte von 2008/9, die der Steuerzahler bezahlen musste Kavaliersdelikte? Müsste die Politik nicht hier dringend einige Gesetze ändern? Und schließlich: Hat etwa Frau Milas Quirin diese abscheulichen Lügen gegen die Familie Lixenfeld frei erfunden?

(19) Herr Becht vom Höchster Kreisblatt hielt sich gegenüber von Frau Helfrich etwas zurück. Er missverstand den Brief auch als Wahlkampfthema weil ich im Brief erwähnte, gut zu überlegen wen man in Zukunft wählt. Ich räume ein, dass dies ein Fehler von mir war, weil diese Anmerkung mein Anliegen in die falsche Richtung lenkte. Gewollt war dieser Effekt von mir nicht. Nach der Steinsetzung am 9.11. wollte ich einerseits die Vorweihnachtszeit nicht mit dieser Konfrontation belasten und glaubte andererseits, dass die Veröffentlichung zum 2.1.2011 nicht in die Wahlkampf- Periode gelangt. Eine Veröffentlichung nach den Wahlen erschien mir wiederum zu spät.

Herr Becht machte also in seinem Artikel vom 3.2.2011 die Oppositionsparteien inklusive meine Tochter Pia zu seinem Thema, wobei er die Aussage und den Inhalt meines Briefes absolut nicht zusammenhängend präsentierte und der Leser nur „Wahlkampfgetöse" verstand. In weiteren Artikel vom 2.4.2011 und 5.2. 2011 reagierten lediglich Oppositionsparteien auf den Theaterdonner und bestätigten die immer von der AG versprochene Freiwilligkeit der Steinverlegung.

(20) Schließlich setzte Becht am 10.2.2011 die Überschrift: „Jetzt wettert die Kreistags- Opposition" und zitiert ganz primitive und bösartige Anschuldigungen der Kreistags- SPD, Grünen und Linken die mich als Autor aus der MTK-Jahrbuchredaktion rauswerfen wollen. Ich war entsetzt ob der „Geistesgrößen" die hier unsere Geschicke lenken sollen. Leider brachte auch er, bis jetzt den Inhalt meines Briefes nicht zur Kenntnis der Leser.

Während dieser Epoche in der 5.Jahreszeit lebte Frau Helfrich mit ihrer Frankfurter Rundschau das Narrentum, zusammen mit ihrer Umwelt, so richtig aus. Am 8.2. 2011 legte sie nochmals ganz närrisch nach. „ Stolpersteine als Politikum" und „Geklitterte Geschichte" sind ihre Überschriften. Sie schreibt: „Der Heimatgeschichtler legt auch einen erschreckenden Revisionismus an den Tag: einen NS- Verfolgten diffamiert er als Betrüger." Ich habe aber das Wort „Betrüger" niemals in dieser Debatte benutzt. Frau Helfrich hat wohl zu viele Büttenreden gehört, denn dort wurde diese Wortprägung, in der laufenden Kampagne, sehr oft benützt. Diese Schreibkünstlerin wirft mir „Geschichtsklitterung" vor die ich als „Berichtsklitterung" direkt an sie zurückgeben muss weil sie schrieb: „Kein Denkmal verdient, weil er (Schwarz) „ein Betrüger gewesen sei, wetterte Lixenfeld." Nochmals zur Erinnerung an Pos.18: **Ich begründete meine Ablehnung dann: „Wegen unkorrekter Finanzgeschäften des Herrn Schwarz!" Frau H. wiederholte: „Also Betrug!"** Auf diese, Ihre Aussage ermahnte ich die Dame nochmals eindringlich nur den Inhalt

und die Aussagen meines Briefes zu verwenden. Auch habe ich niemals gesagt die Steine sollten wieder entfernt werden und wie man in dem Kapitel „Recherchen um die Kristallnacht“ (Seite 66) nachlesen kann, haben die Eheleute in jener Nacht ihr Haus verlassen und sind zu ihrer Tochter nach Frankfurt verzogen. Die Dame schämte sich nicht den Pfarrer Schelwies, Vorsitzender der CJZ zu aktivieren, der mich vor den Staatsanwalt bringen will. Der Vorsitzende des Historischen Vereins Rhein Main Taunus Bernd Blisch bezeichnete meine Geschichtsdarstellungen eine „Katastrophe“ und verlangt meinen Rauswurf aus dem Autorenkreis des MTK-Jahrbuches. Von diesem langjährigen Vereinsfreund hätte ich erwartet, dass er mich vorher über die wirklichen Hintergründe befragt, bevor er mit dem Vorschlaghammer zuschlägt. Den Linken nehme ich ihre Dreckschleuderei nicht krumm. Sie haben dies nie anders gelernt. Man kann diese Zeitungsschmiererei, in der man Pressefreiheit mit Verleumdungsfreiheit verwechselt, nicht mehr als Faschingsscherz entschuldigen.

(21) In dieser Phase jener unrühmlichen Auseinandersetzung erhielten die „Polit-rufmörder neues Kanonenfutter in Form eines Manuskriptes (Prüfexemplar). Ich hatte für die Geschichtsfreunde Okriftel eine Sammlung von Zeitzeugenaussagen über die ganz wunderbar gelungene Integration einer Zigeunerfamilie, in die Bürgerschaft von Okriftel geschrieben. Diese Zeugenprotokolle wurden aus einem wissenschaftlich fundiertem Buch „Das Volk der Zigeuner“ von Jean Paul Clebert, Fischer Verlag Nr. 788, über Anmerkungen, mit deutlichem Hinweis auf die Herkunftsquellen, ergänzt. Der Vorsitzende bat um das Manuskript, deren Prüfergebnis in der nächsten Versammlung besprochen werden sollte und gab es prompt an einen CDU Genossen und die AG Opfergedenken unautorisiert weiter. Diesen Diebstahl geistigen Eigentums nutzen meine Rufmörder nun für weitere Attacken gegen mich. Ich bin umgehend aus dem Okrifteler Verein ausgetreten.

(22) Mittlerweile spielten sich in der AG- Sitzung vom 15.02.2011 Unerklärliche Szenen ab. Die Verantwortlichen inklusive der Altbürgermeister Franssen und die neue Bürgermeisterin Antje Köster hatten die 24 Teilnehmer aufgeheizt, weil die Denkmalbefürworter Herr Steinbrech und Herr Hofmann aus Eddersheim, nach dreijährigem Bemühen, nochmals ins Gespräch kamen und ihr Konzept wiederum erläutern wollten. Dies wurde aber wieder von Franssen abgelehnt, weil er die gezogenen deutschen Soldaten als „Täter“ empfand und nicht auf einer Tafel mit den Juden haben wollte. Dieses Problem hat sich aber niemals gestellt, weil die Verschiedenen Opfergruppen von Anfang an auf verschiedenen Tafeln angeordnet werden sollten. Zur Massenhysterie führte schließlich Frau Milas Quirins Vorlesung aus meinem, von der AG unautorisiert beschafften Manuskript (Prüfexemplar). Sie pickte ganz bewusst einige Aussagen heraus die ich zur historischen Veranschaulichung aus dem Buch von J.P. Clebert entnommen, und als solche mehrfach kenntlich gemacht hatte. Dabei transferierte sie geschickt die Schilderungen aus dem Mittelalter in die Gegenwart und schrie: „Mir wird Übel wenn ich in das Buch schaue.“ Prompt folgte eine Dame weinerlich: „Ich muss mich Übergeben und andere Teilnehmer wollten es ihr nachtun oder weinten hemmungslos. Milas Quirin nutzte dieses Chaos um laut schreiend zu verkünden, dass ich in einem anderen Manuskript den Holocaust leugnen würde. Von AG-Mitglied Michael Lixenfeld energisch aufgefordert diese Aussage zu konkretisieren meinte sie wesentlich leiser: „Vielleicht bezog sich dies nur auf Flörsheim“ und als mein Sohn sagte: „Mein Vater hat aber nie über Flörsheim geschrieben“ meinte sie sehr leise: „Möglicherweise war auch nur Weilbach gemeint.“ Diese Situation traf meinen Sohn völlig unvorbereitet und er konnte sich auch nicht

erklären von welchen Manuskripten bzw. Textzeilen Frau Qierin sprach, denn diese Prüfexemplare waren zunächst nur für den Geschichtsverein Okriftel bestimmt.
Nun schrie Herr Quirin, völlig außer sich, meinen Sohn immer wieder an: „Alles braune Suppe, Brauner Dreck!“ Womit er Ihn und die beiden Steingegner in der AG meinte. Er fuhr fort - „Wir haben uns in ihnen getäuscht Herr Lixenfeld, sie sind ein Wolf im Schafspelz und ihre politische Gesinnung kennen wir ja!“ Auf direkte Nachfrage meines Sohnes, woran er diese Aussage festmache kamen von ihm nur unkontrollierbare Mimik und Gestik als Antwort. Wütend fuhr Herr Quirin unbeirrt fort alle Teilnehmer dazu zu bringen rechtliche Schritte gegen H. Lixenfeld einzuleiten und verlangte eine sofortige Abstimmung darüber. Da die Mehrheit durch hysterische Rufe ihre Bereitschaft signalisierte gebot Franssen Einhalt gegen dieses Vorhaben. Ihm ist wohl klar geworden, dass der Bogen nun total überspannt ist und dass die konstruierte Interpretation von Frau Quirin doch sehr weit hergeholt war. Herr Franssen wies Herrn Milas-Querin auch darauf hin, das es „keine Sippenhaft in der AG-Opfergedenken“ gäbe und spielte damit auf die Attacken gegen meine Sohn an.
Dies half jedoch nicht viel, denn der Sitznachbar meines Sohnes fuchtelte Ihm nun unentwegt mit seinem Handy dicht am Gesicht hin und her mit den Worten „ Das Bild das Bild ... – ...sehen sie das Bild!!“ und spuckte Ihn dabei an, sodass mein Sohn fassungslos um Selbstkontrolle ringen musste. Was auf dem Handy zu sehen war weiß er bis heute noch nicht. Er protokollierte diese Begebenheiten und gab sie mir am nächsten Tag mit den Worten : „Im Prinzip geht es da allen doch um eine wirklich gute Sache, aber das Verhalten dort, wenn man nicht so ganz deren Meinung ist, erinnert sehr an die Zeiten 1933 bis mitte 40 ; Da bin ich tatsächlich fehl am platz, ich such mir lieber was in der Kommunalpolitik.“ Seither ist mein Sohn 2. Vorsitzender der FWg Hattersheim e. V., und hat dort den Kompromiss seiner politisch geprägten Überzeugung aus den 70. Jahren gefunden.
Man erlaube mir bitte an dieser Stelle auf das Realgeschehen zu verweisen:
In meinem bereits in der MTK- Redaktion abgegebenen Aufsatz, über die jüdische Familie Stein aus Weilbach, stand als erster Satz: **„Wenn alte Weilbacher erzählten: *„In unserem Dorf gab es keine Kristallnacht“*, dann glaubte man ihnen zunächst nicht....“** Das Anwesen der Steins war nämlich am 9.11.1938 bereits von der NSDAP- Ortsgruppe als Parteiheim ausersehen und als ein Rollkommando aus Rüsselsheim erschien, stand der Ortsgruppenleiter vor dem Haus und verhinderte die Zerstörung. Obigen Satz sagte ich seit 30 Jahren bei jeder Stadtteilführung aus. Selbst wenn ich das Wort Holocaust benutzt hätte, was ich aber nicht habe, würde dies für Weilbach zutreffen denn: Kristallnacht bedeutet „Wandalismus und Zerstörung“ und Holocaust „Deportation und Vernichtung.“ Nachweißlich wurde in Weilbach niemand deportiert noch vernichtet, jüdisches Eigentum wurde nicht zerstört oder beschädigt. Die exakten Begebenheiten wurden in meinem Aufsatz für das MTK Jahrbuch 2012 ausführlich beschrieben, man hätte den Aufsatz eben komplett lesen müssen.
(23) Man zitierte mich nun am 3.2.2011 zur Stadt Flörsheim und in das Kreishaus, MTK wo ich nochmals eine Kurzform meines offenen Briefes abgab, sowie deren Fragen beantwortete die in der Kreistagssitzung zum 7.2.2011 anstanden.
Mittlerweile hatten Franssen und Genossen auch die Kreistagsmitglieder aufgehetzt und aktiviert, denn es ging nur noch darum keine Wählerstimmen im März zu verlieren. Das Kreisblatt schrieb in seiner Ausgabe vom 10.2.2011 dazu: „Jetzt wettert die Kreistags- Opposition.“ Sie wärmten die Staatsanwaltsdrohung der Christlich Jüdischen Zusammenarbeit (CJZ), und die Rufmordaussagen des Vorsitzenden vom Historischen Verein Main Taunus Bernd Blich auf. (Ich habe sofort meine 34Jährige Mitgliedschaft aufgekündigt). Stellten aber richtig, dass ich

das Wort „Betrüger“ nicht ausgesprochen habe. Mit diesem Wort hatte mich die Kreistags- SPD der Diffamierung von Deportierten beschuldigt. Franssen hätte den Antrag gestellt, mich aus dem Autorenkreis des MTK zu entfernen zu lassen, der gleiche Ex Bürgermeister Franssen, der im Hö. Kr. auch schon der „Wahrheitsbiegung“ zitiert wurde. Er bog dem SPD- Fraktionschef Thumser seine Wahrheitsversion so zurecht, dass dieser obigen Antrag forcierte. Die linken werden wie folgt zitiert. „Für die Linken steht schon fest, dass Lixenfeld historische Zusammenhänge verfälscht habe.“ Wer Opfer des Faschismus zynisch verhöhne und beschimpfe, dürfe kein Platz in offiziellen Organen des Kreises haben.“ Ich erlaube mir hierzu zu sagen: „Wer meinen Offenen Brief nicht kennt und soviel Dreck am Stecken hat wie die Roten, sollte zuerst sein Hirn einschalten, bevor er sein Maul aufreißt!“ "Es genügt nicht unfähig zu sein, man sollte auch in die Politik gehen!"

(24) Die AG besitzt die Frechheit einen Geisterdialog aufzukündigen, der außer dem Gespräch vom 10.8.2010 nie mehr stattgefunden hat. Sie wollen damit ihre gesamten, 7monatigen Rufmordattacken und Diffamierungen gegen mich und meine Familie so darstellen als hätte es ein ständiges hin und her gegeben, in dem ich die mir unterstellten Äußerungen ausgesagt hätte. Sie verteilten dafür einem zweiseitigen, offenem Brief an die Bürger. Ich habe so etwas voraus gesehen und meine Taktik lautete: „ Keinen Dialog damit ich genau weiß, dass ich nichts falsches gesagt habe aber die „falsche- Zeugnis- Aussagen der anderen Seite genau notieren kann. Höchster Kreisblatt schrieb am 23.2.2011: „Unheilvolle Parallelen“ und „AG wehrt sich gegen Aussagen von Hermann Lixenfeld.“ Weiter: „will mit ihrem Kritiker nichts mehr zu tun haben.“ Die Stadt habe sich gegen die „Fortführung eines Dialoges“ entschieden. Oder Lixenfeld hat ein Buch über Sinti und Roma geschrieben und dass sie deshalb den Bundesverband der Sinti und Roma konsultieren (Wohlgemerkt geht es um ein Manuskript bzw. Prüfexemplar und keine Veröffentlichung). Dafür wiederholen sie ihre Unterstellungen nochmals und auch die Roten wiederholten, „Die Opfer des Faschismus zynisch verhöhnt.“ Wo und wann zynisch? Weiß ich nicht!

(25) Man zitierte mich nun am 24.2. 2011 nochmals zur Stadt Flörsheim und zum Kreishaus des MTK um für die Kreistagssitzung zum 28.2.2011 noch Vorwürfe gegen mich zu prüfen. Ich erlaubte mir in einem Schreiben darauf aufmerksam zu machen, dass meine Verleumder dem Kreistag scheibchenweise allergrößte Rufmordlügen gegen mich präsentieren die sie nach deutscher Gründlichkeit akribisch überprüfen, ohne zu merken, dass mein offener Brief völlig vergessen wird. Ihr Bemühen erinnert an einen hochtourigen Leerlauf bei dem meine Anklage, gegen die Stadt Hattersheim, die Bürgerschaft schamlos zu hintergehen, überhaupt nicht geahndet wird.

(26) **„Streit wegen Galls Ehrenerklärung**“ und „der Kreistag wollte gar nicht über Lixenfeld diskutieren, und tut`s dann um so heftiger,“ schrieb das Hö. Kreisblatt am 3.3.2011 über die Kreistagssitzung vom 28.2.2011. In der Tat waren sich alle Parteien in einer internen Absprache einig keine Diskussionen mehr über Hermann Lixenfeld weiter zu Führen weil er sein Manuskript über die Weilbacher Judenfamilie Stein bereits zurückgezogen hatte. Die linke Abgeordnete Beate Ullrich Graf war jedoch damit nicht einverstanden und brach eine emotionale Debatte vom Zaun. Hö. Kreisblatt schrieb dazu: „Zweiter vehementer Beförderer des Themas nach den Einlassungen von Ullrich Graf war ausgerechnet Gall (Landrat) selbst, der meinte, eine Ehrenerklärung für Lixenfeld und dessen ehrenamtlichen Engagements abgeben zu müssen und sich dabei mächtig erregte. „Wie sollen wir das Ehrenamt stärken, wenn Sie es so verleumden,“ schimpfte Gall in Richtung Linke. „Heuchelei“ wetterte der Landrat weiter, „das ist verlogen und schämen sie sich!“ Damit

wiederum war mein größter Feind Franssen nicht einverstanden und pöbelte: „Lixenfeld tut die Reichs- Pogromnacht ab und behauptet es habe kein Holocaust gegeben“ und: „ Die Leugnung des Holocaust ist immer noch ein Straftatbestand!“ Dies entspricht seiner Taktik, der oft erprobten Wahrheitsbiegung, mit der er auch den Wahlbetrugsvorwurf überstand. Man muss nur eine bewusst ausgesprochene Lüge solange laut und deutlich wiederholen, bis es der Zuhörer glaubt.
(27) Franssen gibt keine Ruhe. Nun besucht er viele Vereinsveranstaltungen um die beiden leidenschaftlichen Denkmalbefürworter, Karl Heinz Spengler und Michael Lixenfeld, die der AG angehören, als rechtslastige Personen darzustellen, die man möglichst schnell aus der AG ausschließen sollte. Karl Heinz Spengler und Michael Lixenfeld tangierte das nur peripher da Sie von diesem Schmierentheater die Nase voll hatten und sich fortan verstärkt um die Geschicke der Freien Wähler Hattersheims kümmerten.
Seine Lieblingsbeschuldigung gegen mich der Holocaustleugnung bringt Franssen hier auch gerne zur Sprache (Hintergrund siehe Pos. 22 unten).

Gemäß obigem kommunalen Fehlverhalten und Beobachtungen im Land, Bund und der Welt, könnte man unsere Zeitepoche als das „Zeitalter des Betruges und der Lügen“ bezeichnen. Wir stehen offensichtlich vor dem Einstieg, zum Ausstieg, aus unserer demokratischen Gesellschaftsform. Die fanatischsten Gruppierungen (grüne ?) werden die zukünftigen Regierungssysteme diktieren. So hat Gemäß Wahlergebnis vom 27.3.2011 Rot - Grün in Hattersheim noch zugelegt. Wahlergebnis 2011 (2006): CDU = 34.2 (35,3) %, SPD = 38,0 (44,7) %, FDP = 5,3 (7,0) %, Grüne = 17,9 (8,5) %, und FWG = 4,6 (3,0) %). . Das heißt, die Bürger haben nicht bemerkt, dass man ihnen in unmöglicher Weise die Wahrheit vorenthält und sie für Parteiinteressen benützt. **Deshalb möchte ich diese nutzlose Recherche, über die Verleumdungskampagne, an dieser Stelle beenden** und wünsche mir, dass dieser Bericht in Gegenwart und Zukunft zeitgeschehenineressierte Leser findet, die ihrerseits feststellen, dass der Menschheit „wie eh und je“ nicht zu helfen ist. Eine Betrachtung steht noch an.

"Die Lügenwelt der Politiker, ernährt sich aus der Einfalt ihrer Wähler!"

Motivation, Betrachtung, Hinterfragung

Der Nachtrag „Geschichtsaufarbeitung und Behördenterror 2010“ wurde mir von der AG und den Regierungsparteien aufgezwungen weil man mit allen Mitteln versuchte meinen Ruf in niemals da gewesener Weise zu zerstören. Es begann damit, dass ich an dem Buch „Diktatur, Wiederstand Verfolgung 1933-1945 mitarbeiten wollte weil ich die Vorkommnisse bereits vor 40 Jahren recherchiert hatte. Man lehnte diese Mitarbeit brüsk ab und als die Darstellung im Buch völlig falsch war reagierte ich mit Misstrauen gegen die AG Opfergedenken. Nachdem ich darum bat anstatt 3 Steine nur 2 Steine bei uns zu setzen stellte ich fest, dass die versprochene Freiwilligkeit als diktatorische Zwangsverlegung zu verstehen war. Ich lies die Zwangsverlegung notgedrungen über mich ergehen und wollte zwei Monate später die fast 1,5 jährige Unwahrheitsdarstellung der AG in einem offenen Brief veröffentlichen. Diese Maßnahme löste die Oben aufgeführte Rufmordkampagne aus, der ich nur auf dem Weg über eigene Veröffentlichungen begegnen kann, weil die Presse nur die AG-Version veröffentlichten und die Aussagen und Anklagen meines Briefes nicht sinngemäß und zusammenhängend umsetzten.

Ich betrachte diese Handlungsweise der Kommune als Bundesweit übliche Unkultur die unsere Demokratie mittelfristig schwer beschädigt. Aber auch die ehrliche Darstellung historischer Ereignisse ist nicht mehr gegeben wie folgendes Beispiel

zeigt: Meine Mutter pflegte Freundschaft mit einem jüdischen, gleichaltrigen Nachbarsmädchen. Nachdem dieses Mädchen 1937 wegen der Judendiskriminierung auswanderte behandelten deren Eltern mich den knapp 3jährigen wie den eigenen Enkel. Sicher hätten sie auch gerne einen Enkel von Tochter Liesel gehabt und da diese in Amerika lebte, war halt der Sohn jener nachbarlichen Kinderfreundin ihrer Tochter, eine Art Enkelersatz. Sie nannten mich „unser Biiebele“ und es glaubt mir doch wohl jeder dass ich diese Menschen niemals schlecht beschrieben hätte.
Aus den immerwährenden Erzählungen meiner Mutter und dem Bericht des Besten Freundes der Familie Stein verfasste ich später einen sehr schönen und freundlichen Bericht über das Schicksal der jüdischen Familie Stein der zur Veröffentlichung im Jahrbuch des MTK anstand. Weil ich jedoch einen Stolperstein von dreien, vor meinem Haus in Okriftel aus guten Gründen, ablehnte veranstaltete man mit mir die oben beschriebene Hexenjagd. Die gleichen Menschen aber, wollen sich profilieren indem sie gewaltsam den Zeitgenossen Stolpersteine vor die Haustüren setzen, ohne Rücksicht darauf zu nehmen, dass diese Menschen sich genau so gebrandmarkt empfinden, wie damals die jüdische Bevölkerung. **Dieses handeln kann ich nicht mehr verstehen!** Die Betrachtung der AG Opfergedenken aus meiner subjektiven Perspektive ist meine ureigene Meinung und ist nach dem Gesetz der „freien Meinungsäußerung“ ohne Strafverfolgung möglich. Grundsätzlich vermisste ich in dieser AG ein klares, durchdachtes Planungskonzept welches neben der Abwicklung auch die Reaktionen der Bürger einkalkuliert. Leider wusste man nach einem Jahr hochtourigem Leerlaufes nicht einmal wo und wie viele Steine zu verlegen sind. Diese Planungsform ist allerdings in vielen behördlichen Projekten der Standart.
Diese meine Betrachtungen resultieren aus dem Wunsche zu wissen, wer die AG-Mitglieder sind und was Sie antreibt und motiviert. Hierbei möchte ich aber **keine** persönliche Bewertung dieser Menschen vornehmen, sondern berufe mich auf Aussagen von Zeitgenossen, Protokolle oder der Presse, wobei ich Informantennamen nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Befragten preisgeben möchte.

"Wenn bei Politikern aus Ehrgeiz Geltungssucht wird, führe man Sie einem Psychiater zu!"

Dieses, zu betrachtende Gremium wurde von dem Hattersheimer Bürgermeister Hans Franssen initiiert. Die AG-Spitze besetzte er mit einflussreichen Personen aus seinen Regierungsparteien, die ihm bedingungslos ergeben waren und den Rest der AG- Mitglieder rekrutierten sich teilweise aus Menschen die aus Geltungsbedarf Wiedergutmachungssyndrom oder selber erlebtem Unrecht dieses Opfergedenken forcieren wollten. Hier glaubte ich zu beobachten, dass nur wenige in der Lage waren die auf sie zukommende Verantwortung und Probleme richtig einzuschätzen, weshalb Herr Franssen diktieren konnte was er wollte. Nur so ist es zu verstehen, dass er die Stolpersteinvariante durchsetzte, obwohl die Oppositionsparteien und ein Großteil der Bürgerschaft, die Errichtung eines Denkmales auf neutraler Stätte befürworteten.
Die Person des AG- Chefs wird, aus der Sicht eines Nachbarn, im nachbarlichen Übereinkommen als gut geschildert. Seine Bewertung als Politiker hört sich allerdings weit kritischer an. Mein Schul- und Jugendfreund, der mit Franssen direkt befreundet ist, sowie mir gut bekannte SPD- Mitglieder, loben ihn über alle Maßen. Einflussreiche Zeitgenossen aus den Oppositionsparteien in Stadt und Kreis sind hier völlig anderer Meinung. Die moderateste Aussage hierzu lautete: "Der Franssen hat sein eigenes Strickmuster." Oder: "Um seinen Willen durchzusetzen kann dieser Mann so charmant sein, dass ihm alles gelingt und sich Seilschaften und Parteifilz

von selber bilden." Seine direkten Gegner unterstellen dem AG- Chef eine unübersehbare Geltungssucht die er in Tateinheit mit einer despotischen Herrenart austobt. Hinzu kommt, wie in der Presse oft zitiert, eine Neigung zur permanenten, beharrlichen "Wahrheitsbiegung" die er in oben beschriebener Verleumdungs- und Vernichtungskampagne gegen mich deutlich demonstrierte. Die am meisten gebrauchte Antwort aller befragten Personen war: "Na ja, alle erfolgreichen Politiker, egal ob Kommune, Land oder Bund, müssen ihre Ziele meist auch mit Gewalt oder Lüge durchsetzen. Auf die Frage über Schäden an Demokratie und Wahlbeteiligung ob dieser Unpolitik, zuckten die Befragten nur die Schulter.
Vermutlich in dieser Manie, bzw. Besessenheit, umgab sich der sogenannte „Frauenflüsterer“ (siehe Hö. Kreisbl. v. 30.09.-2010 „Womanizer“ = „Frauenflüsterer“) mit intelligenten Frauen, die ihm in seiner Amtarbeit und der AG- Arbeit immer willig folgten. Manche Frauen lassen sich, trotz hoher Intelligenz, von solchen Männern für deren Ziele benutzen. Man muss sie lediglich geschickt in die richtige Position befördern und dies schien Franssen offensichtlich sehr gut gelungen zu sein. Nur so wurde es eventuell möglich, die Präsidiums- Empfehlung der feiwilligen Steinsetzungen, ohne Abstimmung der Stadtverordnetenversammlung, durch eine nicht zulässige Abstimmung der AG, in eine willkürliche Zwangsverlegung zu verwandeln. Dabei gelang auch das Meisterstück solcher Wahrheitsbiegungen, den Bürgern und der Presse bis kurz vor die Erstverlegung zu sagen: „Die Steine werden nur mit Einwilligung der Hausbesitzer verlegt.“ Alle kundigen Bürger bezeichneten dieses Vorgehen als abscheuliche Lüge der AG- Verantwortlichen.
Da dieses Vorgehen den Praktiken in Bund und Ländern entspricht muss man es erdulden. Die Tatsache aber, dass man einen Kritiker dieser, absolut ungesetzlichen Machenschaften, unter Mitwirkung vieler willigen Helfer und d. AG- hörigen Umlandpresse per Rufmord Töten lässt, sprengt sogar die viel geübten Praktiken der hohen Politik. Aus diesem, in der „Beweisführung aus Urquellen“ ab Seite 03 genau beschriebenen und quellenbelegtem Ereignisablauf kann man eigentlich nur noch die Eigenmeinung ziehen: „Menschen die sich so verhalten, bei denen muss man an ihrer objektiven Zurechnungsfähigkeit Substanzverluste empfinden.“ Schließlich kann es doch nicht sein, dass die Menschen, die was zu sagen haben, immer wieder mit zynischer Unverblümtheit die Gesetze des Zusammenlebens diktieren.
Den Rest der AG sehe ich wie Folgt: Frau Milas Quirin empfindet man, wie in Kapitel „Beweisführung aus Urquellen“ ersichtlich, ein zwar intelligentes, jedoch vertrauenswilliges Werkzeug ihrer Vorgesetzten zu sein. Dies heißt: Sie führt in grenzenlosem Vertrauen alle gegebenen Befehle willig aus, ohne sich eigene Gedanken über Recht und Unrecht der Maßnahmen und Folgen zu machen. Dies ist sowohl in der Gegenwart und war auch in der Vergangenheit die sicherste Möglichkeit seinen Arbeitsplatz zu erhalten und dazu noch Karriere zu machen. Soweit meine Einschätzung. Der leiseste Anflug von Wiederspruch und Privatkurrage im heutigen Zeitgeschehen, aber auch in jüngster Vergangenheit, konnte ein Absturz in die Existenzlosigkeit sein. Befragte Zeitgenossen waren allerdings auch der Meinung, dass Frau Milas Quirin aus eigenem Antrieb den Machthebel bediente. Gemäß ihrer Presseinformation vom 17.2.2011 trägt sie den Hauptteil aller ekelhaften Verleumdungen gegen meine Person.
Der Wortschatz ihres Ehemannes scheint sich nur auf: „Braune Suppe und Brauner Dreck zu beschränken. Mit diesem umfangreichen Vokabular möchte er die beiden Steingegner innerhalb der AG in die rechte Ecke stellen. In der Geschichte gab es immer demagogische, hetzerische Menschen. Damit meine ich aber nicht Quirin. Die Stadtratsvorsitzende Silvia Maeder enthielt sich des Rufmordes gegen mich, weil sie wohl am weitesten über den Tellerrand blicken kann. Wilfried Schwarz ist wohl als

Lehrer als auch als Stadtarchivar nicht der gewünschte Erfolg beschieden. Er behauptet sich aber ruhig, still und tapfer in den Stürmen der AG. Historikerin Anna Schmidt zeigte eigentlich gute Ansätze in ihrem Buch. Wenn man jedoch als Auftragnehmer despotisch, herrisch und hektisch, von wenig wissenden, fanatischen Gutmenschen bevormundet wird geht dies zu Lasten der Qualität ihres Buches. Herr Löffelholz kommt mir in den AG- Protokollen mit seinen Äußerungen, u. a. im AG-Protok. v. 16.6.2010 / S.3 vor, als habe er nicht den rechten Überblick zur Sache. Den Rest der AG- Mitglieder kann ich nicht einschätzen weil ich sie nicht kenne. Da sie aber auf Quirins Abstimmungsaufforderung, mich vor Gericht zu bringen, in ihrer Mehrheit reagierten , muss ich davon ausgehen, dass sie sich niemals die Mühe machten, sich das nötige Hintergrundwissen über die Gründe meines Anliegens anzueignen. Dadurch ist es ihnen entgangen, dass ihre AG- Spitze nicht nur das achte Gebot, „Du sollst nicht falsches Zeugnis geben wieder deinen Nächsten“ in menschenverachtender Weise geschändet, sondern auch in ekelerregender Weise die Unwahrheit gegen mich verbreitet haben. Die Missachtung dieses Gebotes ist verantwortlich zu machen für alle Kriege und Nöten dieser Menschheit und die Menschen werden vermutlich dieses Gebot weiter ignorieren, bis zu ihrem bitteren Ende!“

Ich bin immer davon ausgegangen, dass Menschen die in einem solchen Gremium mitarbeiten wollen in der Lage sind Unrechtsmaßnahmen, von damals und desgleichen von heute, klar zu erkennen. Wenn man sich aber profilieren will indem man staatliche Unrechtsmaßnahmen der Vergangenheit anprangert, dabei aber wiederum erzwungene Unrechtsmaßnahmen in der Gegenwart produziert, dann ist dies für die Betroffenen nicht zu verstehen. Wenn man dann darüber hinaus noch solche Vergleiche als Zynismus deklariert oder unter Strafe stellt, so ist dies unfassbar.

Auf den Punkt gebracht: Meine Bitte einen Stein von dreien auszusetzen war erfolglos und mein offener Brief an die Presse vernichtete meine Lebensarbeit. Die Kommunal- und Kreis SPD halten jedoch, noch immer, ihre verleumderischen Anschuldigungen gegen mich aufrecht, obwohl sie von mir mehrfach eine Richtigstellung der Dinge erfuhren. Somit zwingt man mich dazu, die Wahrheitsbiegungen des Herrn Franssen, der letzten 16 Jahre aus Zeitungsberichten nachfolgend aufzulisten.

"Es ist merkwürdig, dass Politiker nicht merken wie sie ihre Demokratie und ihr Land abschaffen!"

Mit geübter Taktik zum Rufmord.

Es ist äußerst erschreckend wie unsere westlichen Demokratien ihre Gegner über Verleumdungen und Rufmordattacken, in ausgefeilter Taktik, ausschalten und vernichten. So hätten beide Irakkriege ohne bewusste Verleumdungen der Geheimdienste nicht stattgefunden. Diese Missachtung des achten Gebotes hat seit den 60iger Jahren des 20.Jh. auch in der Bundesrepublik, von der Kommune bis hin zur Bundesregierung, Fuß gefasst und eskaliert in erschreckendem Tempo.

Will man einen Zeitgenossen wegen Kritik, Neid, Gefährdung der eigenen Planstelle oder anderen Motiven ausschalten, bieten sich die Medien hilfreich an. Man beginnt mit kleinen, harmlosen Diffamierungen und wenn man merkt, dass die Medien sesationslüstern darauf reagieren, steigert man bis hin zur Megaverleumdung und der Vernichtung des Gegners. Hierbei nutzt man die Streitkunst polemisch aus oder aber übt sich in rhetorisch, phrasenhaften Reden, die der Normalleser überhaupt

nicht versteht. Harmlose Begriffe werden so geschickt in die Satzstellungen eingebaut, das sie als Anklage gegen den Unterlegenen empfunden werden. Ein harmloser Vergleich überhöht man dann mit "relativieren," oder wertet ihn als "zynische Opferdiskriminierung um" und wenn dies nicht reicht unterstellt man dem Beschuldigten Worte wie "Betrug oder Lüge" die er nie ausgesprochen hat. Man steigert sich mit jedem Artikel und andere Zeitungen tun desgleichen. Plötzlich ist der vorher unbescholtene Bürger zu einem Monster geworden und ist machtlos dieser Hexenjagd ausgeliefert. Hat man denn jegliches Schamgefühl verloren und zerstört gewissenlos das Lebenswerk eines ehrbaren Menschen?
Wichtig ist dabei, dass man eine große Lobby, oder eine gut funktionierende Seilschaft im Rücken und gewissenlose Presse- Referendare zur Verfügung, hat. Erinnern wir uns dabei an Bundestagspräsident Jenninger, der einen von Wissenschaft- lern verfassten Aufsatz, über die Judenverfolgung schlecht vortrug. Er war einigen Zeitgenossen im Wege und wurde trotz Fürsprecher, aus der jüdischen Prominens, aus dem Amt gemoppt. Gegen den Ministerpräsidenten Barschel, von Schleswig- Holstein veranstaltete man eine schreckliche, Hexenjagd. Schließlich fand man ihn tot in einer Badwanne. Ob Mord oder Selbstmord wurde niemals geklärt. Ermittlungen über israelische und deutsche Geheimdienst- Beteiligung sowie illegale Waffengeschäften wurden ausgebremst. 1972 verfolgte man Heinerich Böll wegen der falschen Wiedergabe eines Essais, dass er für den Spiegel geschrieben hatte. Auch das Kesseltreiben gegen den FDP- Vorsitzenden Jürgen Möllemann, wegen Juden- Kritik, führte zu dessen Tod. Mord oder Selbstmord blieben ungeklärt. Bundestagsabgeordneter Hohmann brachte man, auch über mediale Treibjagd, um seine Existenz weil er jüdische Beteiligung an der Russischen Revolution erwähnte. Selbst- mord beging die Berliner Sozialrichterin Kirstin Heisig, im Jahre 2010 weil sie die mediale Hexenjagd nicht mehr ertrug. Sie hatte in ihrem Buch "Ende der Gewalt" unmögliche Zustände in ihrem Gerichtsbezirk angeprangert. Erika Steinbach, die Vorsitzende der Vertriebenenorganisationen und Bundestagsabgeordnete beschimpfte und verleumdete, man1995 bis 2011 immer wieder, in den Medien weil sie gegen die Anerkennung der Oder- Neißelinie stimmte. Sie konnte nur überleben weil sie von CDU und den Vertriebenenorganisationen gestützt wurde. Den hochrangigen Politiker Tilo Sarrazin, der die Integrationsmängel der Regierung kritisierte, brachte man 2010 über den Rufmord der Medien, nach mehreren Anläufen, um Amt und Würden. Dabei mussten ihm alle Politiker sachlich Recht geben und nur an seiner Anmerkung, dass viele Fremden andere genetische Merkmale aufweisen als wir Deutschen brachten den SPD- Politiker zu Fall. Immer mehr gebildete Zeitgenos- sen fragen laut nach: "Wo leben wir, was ist dies für ein demokratischer Rechtsstaat?" Und sie gehen nicht mehr zur Wahl!

Ich der kleine Bürger Hermann Lixenfeld hatte den Verlauf obiger Kesseltreiben sehr aufmerksam verfolgt und teilweise dokumentiert und es interessierte mich jetzt sehr ob gegen mich, den kleinen Wähler, die gleichen Rufmordkampagnen zum Einsatz kommen, wenn ich eine Behörde der Unwahrheit bezichtige.
Nun da ich in einer Aussprache mit der AG- Opfersteine am 10.08.2010 von beabsichtigten Zwangsverlegung erfuhr, die bereits lange vorher in der AG beschlossen war, informierte ich 13 Betroffene die Einspruch gegen die Zwangsmaßnahme einlegten, weil immer nur von Freiwilligkeit die Rede war. In der Presse erschien dann lediglich die Notiz, dass die AG den Wiederspruch ausgeräumt habe, was nach meinen Nachfragen überhaupt nicht der Wahrheit entsprach, weil die Leute noch immer gegen die Verlegung waren. Bei der ersten Steinverlegung am 9.9.2010 übergab ich dann der Presse die nach Datum aufgelisteten Unwahrheiten

der AG. Die Presse reagierte aber überhaupt nicht darauf weil sie Angst hatte über die Judenfrage in Verruf zu geraten, wie mir ein Redaktionsleiter später mitteilte. Da ich aber über den Fall schreiben wollte und deshalb wissen musste was passiert wenn ich die AG öffentlich anklage entschloss ich mich, die Verantwortung über einen offenen Brief auf mich zu nehmen. In Kenntnis obiger Hexentreiben gegen hochrangige Politiker und der Presseberichte über den Wahlbetrugsverdacht gegen Altbürgermeister Franssen hatte ich mir die Taktik verordnet: "Keine Dialoge mit AG und Presse, nach Abgabe des Briefes, damit ich immer weis was ich gesagt habe und alle Gegner- aussagen notieren kann!"
Die ekelhaften Verleumdungen der Frankfurter Rundschau, die nach meinen Nachforschungen von Herrn Franssen und Pressesprecherin Frau Milas Quirin initiiert waren übertrafen meine Erwartungen bei weitem. Sie versäumten auch nicht meinen Namen im gesamten Internet ekelhaft zu diskriminieren. Wie in den o.a. Fällen aus der großen Politik fing man klein an und steigerte sich mit jedem Artikel. Schließlich profilierten sich Prominente aus Politik, Öffentlichkeit und Kirche damit, ohne Hintergrundwissen, in der Presse vernichtende Urteile gegen mich zu fällen und einige nutzten sogar die Chance, jahrzehnte alte Rechnungen mit mir zu begleichen. Dabei gab es auch scheinbare Freunde, die mich in einem Schreiben als Nazi hinstellten obwohl ihr Vater NS- Kreisleiter und die Mutter NS Kreis-Frauenschaftsführerin waren. Mein Großvater wäre als SPD- Schatzmeister fast in ein KZ gekommen! Es gab aber auch noch Trittbrettfahrer die mir telefonisch androhten mir die Eier abzureißen. Andere wollten mich mit dem Hammer erschlagen oder vergasen. Der genaue Ablauf der Geschichte ist ja auf den Seiten 03 bis 23 ausführlich erzählt. **Nachfolgende Rehabilitierungsversuche wurden anschließend nur unternom-men um den Zeitgeist 2011, dem späteren Leser, klar zu veranschaulichen**

Mich selber betreffend: "Glück ist, wenn man Pech hat und es nicht merkt!"

Absolute Rehabilitierung ist **unmöglich**, wurde mir von zwei Rechtsberatern und Freunden aus der Kommunal- Kreis- und Landespolitik versichert. Sie argumentieren: "Franssen hat als Exbürgermeister und als stellvertretender Kreistagsvorsitzender je eine kostenlose Prozess- Haftpflichtversicherung. Er kommt mit vier versierten Rechtsanwälten vor Gericht und kann unendlich kostenlos prozessieren und du bezahlst dich tot dabei. Außerdem weist du niemals, ob du vor einem SPD oder 68er Richter stehst, der zugunsten seiner Genossen entscheidet. Solltest du dann nach vielen Jahren den Prozess gewinnen, dann erscheint in der Zeitung eine kleine Spalte von 50 Quadratzentimetern die, nach den vergangenen Jahren, niemand liest und Versteht. Die großen Verleumdungsberichte von 2011 jedoch sind noch fest in den Köpfen der Leser vorhanden." So betrachtet sind jegliche Rehabilitierungsmaß- nahmen über unser rechtstaatliches Gerichtswesen sinnlos.

"Es gibt auch ehrenhafte Politiker, doch haben diese zu wenige Abstimmungsmehrheiten!"

Die Erfolglose Briefaktion

Nun bin ich so lange auf dem Verliererpfad geschritten, nun möchte ich auch wissen was geschieht wenn ich hochrangige Stellen anschreibe und die Ereignisse in der Kommune und dem Kreis schildere. Somit ging meine erste Anfrage, über den Stellenwert meines Jahrbuchaufsatzes, an den Jüdischen Zentralrat und eine namhafte Literaturwissenschaftlerin, wie folgt: An Israelitische Kultusgemeinde München - St. -Jakobsplatz 18 - 80331 München - **Zu Hd. von Fr. Dr. h.c. Charlotte Knobloch (Präs. A.D.)**

Betreff: Denkmal kontra Stolpersteine in Hattersheim a. Main und deshalb Verbot meiner Literatur! "Sehr geehrte Frau Dr. h.c. Knobloch!"
Wie vertraten in Sache Opfergedenken die gleiche Meinung wie Sie und sprachen uns für eine würdige Gedenkstätte aus, für die bereits vor vielen Jahren im Stadtteil Eddersheim ein Modell erarbeitet wurde. Eine dominante, kommunale Gruppe setzte sich später für Stolpersteine ein und verlegte diese gegen den Willen der Anwohner. Aus der hieraus entstandenen Konfrontation zwang mich die Kommune nebst Kreis SPD, Rote und Grünen anliegenden Aufsatz (ab Seite 2), über die Judenfamilie Stein, aus dem Main- Taunuskreis- Jahrbuch zurückzuziehen.
Frage an Sie: Ist dieser, mein Aufsatz über unsere ehemals befreundete Familie antisemitisch zu verstehen und wie könnte ich erreichen, dass dieses literarische Denkmal für die Familie Stein wieder im Jahrbuch aufgenommen wird?
Vielleicht hilft mir ihre Stellungsname dazu dieses Ziel zu erreichen. Herzliche Dank für Ihre Mühe. Anlage: Bericht (Aufsatz) über Familie Stein.
Desgleichen ging an die Adresse: Begegnungsstätte Alte Synagoge Wuppertal - Genügsamkeitsstraße (Zentrum Wuppertal Elberfeld) - 42105 Wuppertal - Zu Hd. v. Frau Dr. Ulrike Schrader. Abgesendet 25.3. 2011.
Ich bekam niemals eine Antwort von den Damen. Ob diese nun aus Zeitmangel oder aus Angst ausblieb ist ungewiss. Man könnte letzteres als Wahrscheinlich annehmen weil beide, so wie auch wir, sich öffentlich für Gedenkstätten und nicht für Stolpersteine ausgesprochen hatten, weshalb sie in den Medien, von den eigenen Glaubensmitgliedern, heftig gerügt wurden.
"Trotzdem sollten gewisse Regeln des Anstandes auch bei Deutschen anderen Glaubens bekannt sein!"

Es wäre nun müßig alle 6 Briefe an Kreis, Redaktion und Stadt Flörsheim hier zu wiederholen, weil ja jeweils nur der Vorwurf des Tages- Iststandes dementiert wurde. so ging es im Brief an den Landrat vom 12.2.11 nur um die Versicherung, dass ich niemals den Wortbegriff "Betrüger" im Zusammenhang mit Herrn Schwarz gebraucht habe. Später war es die Anschuldigung des Vergleiches "damals gelbe Sterne und heute gelbe Steine." Von meiner Familie hat niemand ein solches Schild an das Tor gehängt, wie 59 Zuschauer bezeugen können. Und schließlich können alle noch lebenden Weilbacher Zeitzeugen bestätigen, dass es in Weilbach keine Kristallnacht gab. Folglich bin ich kein Holocaustleugner wenn ich dies aussage. Diesen Wissendstand habe ich in Wort und Schrift, über die Jahrbuch- Redaktion, an den Kreis gegeben. Diese Informationen scheinen jedoch nicht allen Kreistagsorganen vermittelt worden zu sein, wie nachfolgender Briefwechsel mit der SPD anzeigt.

So schrieb ich am 21.4.2011 an Kreis SPD des MTK - Am Kreishaus 1-5 - 65719 Hofheim - Zu Hd. v. H. Karl Thumser:
Sie haben im Februar des Jahres 2011, zusammen mit anderen Oppositionsparteien, bewirkt, dass ich anliegenden Aufsatz zurückziehen musste. Dieser Bericht sollte ein Literaturdenkmal für unsere befreundete jüdische Nachbarfamilie sein, die auch mir sehr am Herzen lag. Ihre überzogene Reaktion führe ich einerseits auf die damals anstehende Wahlen zurück **und andererseits** darauf, dass Sie nicht exakt über die wahren Hintergründe informiert waren. Auf Seite 1 der Anlage und im Quellenverzeichnis hinter der Autorin Renate Kingma und Arno Lustiger habe ich deshalb die Dinge nochmals ausführlich erörtert.
Jedenfalls hatten damals die hier genannten, sowie auch der Kreistag bei Erteilung des Landesehrenbriefes an Herrn Hofmann nichts gegen diesen Aufsatz einzuwenden. Selbst Rücksprachen, mit Jüdischen Stellen, nach dem Eklat mit der AG ergaben keinerlei Kritik. Im Gegenteil, sie gaben mir den Rat in der

Jahrbuchredaktion um Wiederaufnahme dieses Literaturdenkmales nachzusuchen und zum Gelingen dieses Unterfangens folgende Fragen an Sie zu stellen.
1.) Was ist Ihrer Meinung nach an dem Aufsatz falsch? (Keine Antwort!)
2.) Was haben Sie gegen den Autoren einzuwenden? (Antwort ohne Hintergrundwissen)
Ich wäre Ihnen sehr Dankbar wenn Sie mir baldigst Antwort zukommen ließen, damit ich die Wiederaufnahme in Redaktion und Kreistag noch vor Juni wieder beantragen kann. Der gleiche Brief icl. Jahrbuchaufsatz ging an Herrn Kündiger, B 90 Grüne.

Herrn Thumsers Antwort strotzte vor mangelndem Hintergrundwissen!
Ich zitiere: "Ihren Vorwurf einer überzogenen Reaktion weise ich entschieden zurück. Ich habe Ihnen den Zeitungsartikel der Frankfurter Rundschau vom 2.Februar beigelegt um Ihnen in Erinnerung zu rufen, was sie öffentlich verkündet haben."
Meine Antwort: Ich hatte nur verkündet was im offenen Brief steht!

Weiter: "Ich darf anschließend noch folgendes bemerken: Für uns ist es eine Selbstverständlichkeit, dass das Redaktionsteam grundsätzlich Beiträge mit diskriminierendem Inhalt nicht zulässt. die entscheidende moralische Frage, die sich uns stellt ist, ob im MTK- Jahrbuch Jemandem ein Forum gegeben werden soll, der in anderem Zusammenhang mit diskriminierenden Äußerungen in Erscheinung getreten ist. Ich möchte dabei an Ihre - auch öffentlichen - Äußerungen erinnern, die Sie nicht zuletzt mit ihrer Aussage "Damals gelbe Sterne, heute gelbe Steine" für jeden sichtbar auf die Spitze getrieben haben." (Ich bin niemals mit diskr. Äußerungen in Erscheinung getreten!)
Meine Antwort: Bitte H. T. Informieren Sie sich genauer über den realen Ablauf.

Weiter: "Nachdenklich hat uns auch ihre Äußerung gemacht, dass Sie keinen Anspruch auf wissenschaftliche Genauigkeit legen." **Meine Antwort: Das festschreiben von Zeitzeugen- und Überlieferungsaussagen, erfordert immer den Hin- weis, dass hier kein Anspruch auf wissenschaftliche Genauigkeit besteht!**

Weiter: "Nach allem erachten wir es für notwendig, dass Sie eine öffentliche, glaubhafte und klarstellende Entschuldigung abgeben und darüber hinaus erklären, dass Sie nicht mehr im Sinne einer Opferdiskriminierung denken und schreiben.
Meine Antwort: Ich lieber H.T., erwarte von Ihnen und allen anderen Wahrheits-biegern dieser ekelhaften Verleumdungskampagne eine Entschuldigung! Das v. Ihren Genossen oft gebrauchte Wort "zynisch" passt gut zu Ihrer letzte Forderung. Und bitte informieren Sie sich doch besser, bevor sie ehrliche Menschen verurteilen.

Für Sie H. T. und alle Verleumder diese 2 Ereignisse auf den Punkt gebracht!
1.) Ich beantragte am 10.08.2010 einen Opferstein außen vor zu lassen, **weil** die betroffene Person anhand ihres Lebenswandels nicht in den Kreis der Glaubens,- Rassen- und Politopfer hinein passt. Der Antrag wurde abgelehnt, die Steine verlegt und ich habe kein Wort mehr darüber verloren.
2.) Sechs Monate später vernichtet man meine Lebensarbeit, weil ich in einem offenen Brief ihre Genossen der fortgesetzten Unwahrheit bezichtigt habe. Wenn man nun, wie geschehen, die beiden grundverschiedenen Ereignisse in einen Topf wirft, mit erfundenen Unwahrheiten, Hass, Niedertracht und Boshaftigkeit würzt, dann erhält man nach kräftigem Rühren jene rotbraungrüne Suppe, mit der man seit Adam und Eva die Menschenwürde geschändet hat und weiter schändet!

Ich verzeihe Ihnen ihren Informationsmangel gerne. Denn wenn man nach der Tätigkeit als erster Stadtrat und als Kreistagsvorsitzender der SPD auch noch mit Feldarbeit und Ackria seine Bürgernähe demonstriert, bleibt wirklich keine Zeit mehr um sich gründlich zu informieren, bevor man Menschenleben ruiniert.

"Hier zeigt sich, dass neben dem Parteibuch noch andere Qualifikationen zu Begutachtung notwendig sind!"

Zur Demonstration, dass das Kreishaus detailliert informiert war, folgender Brief!
Sehr geehrter Herr W. (Brief v. 21.4.11 an Jahrb.-Redaktion)
Um Sie und die Kreis CDU nicht in weitere Schwierigkeiten zu bringen hatte ich unter dem Druck der Oppositionsparteien und Presse meinen Bericht über die jüdische Familie Stein zurückgezogen. Gleichzeitig hatte ich aber auch Verbindungen mit einflussreichen Persönlichkeiten der jüdischen Szene aufgenommen, die mir rieten, die Ablehnung der „Ausschlussbetreiber" zu hinterfragen. Wie sie aus beiliegendem Anschreiben an SPD und Grüne ersehen können, habe ich nun diesen Rat befolgt. Bitte sind sie und die CDU mir nicht böse wenn ich wieder mit dem Artikel in das Jahrbuch 2012 möchte. Sie werden mich aber verstehen, wenn Sie den detaillierten Verleumdungsablauf ab Seite 59 des anliegenden Buches lesen. Schauen Sie sich wenigstens die Kurzfassung auf Seite 63 an. Sie werden von dieser ekelhaften Missachtung des 8. Gebotes überrascht sein. Bedenken Sie bitte dabei, dass ich außer dem offenen Brief ganz bewusst keinen Dialog mit meinen Gegnern führte, um deren Unterstellungen akribisch genau registrieren zu können.
Auf anraten zweier Rechtsberater hatte ich auf eine gerichtliche Auseinandersetzung mit Herrn Franssen und Frau Milas Quirin verzichtet. Zur Rehabilitation meiner Person hielt man das Erscheinen des Berichtes um Jahrbuch 2012 für weitaus erfolgreicher! Mit freundlichen Grüßen,
Anlagen: 1.) Kopie des Anschreibens an die Herren Thumser und Kündiger.
2.) Buch „Okriftel und seine Zigeuner" Teil 1 und 2 .

Mein letzter Versuch der Richtigstellung soll nun folgender Brief vom 20.5.11 sein.

An den Kreistagsvorsitzenden Herrn Wolfgang Männer - MTK- Am Kreishaus 1 - 5
65719 Hofheim / Taunus - Betrifft: Verleumdungskampagne gegen meine Person.

Sehr geehrter Herr Männer!
Da ich nach Rücksprache mit der Jahrbuchredaktion keine Möglichkeit sehe, mit meinem Aufsatz 2012, nach dessen Rücknahme, wieder aufgenommen zu werden, bitte ich wenigstens darum die Vorwürfe der SPD, in den entsprechenden Kreistagsorganen, richtig stellen zu dürfen (s.Anlage, Schreiben v. H. Thumser v.17.5 11).

1.) Wie allseits bekannt wollte ich, in dem offenen Brief, lediglich die Unwahrheiten der Hattersheimer „AG- Opfergedenken" anzeigen. Die Oppositionsparteien hatten dies bereits vor mir in der Presse getan. Gegen mich erwiderte die AG daraufhin allerdings, mit einer ekelhaften Verleumdungskampagne.

2.) So haben meine Kinder, Enkel und ich selber kein Schild „Früher gelbe Sterne, heute gelbe Steine" an das Tor gehängt. Dies müssten die 59 Zuschauer bestätigen können! Meine Familie war nicht vor Ort und hatte von mir die Weisung absolut nichts zu unternehmen. **Der Aufhänger, ein Bekannter meiner Tochter, hat also gegen meinen Willen verstoßen.**

3.) Holocaustleugnung die mir vorgeworfen wird, kann man nicht aus dem ersten Satz meines Aufsatzes ableiten, in dem es heißt: „ Wenn alte Weilbacher erzählten: *„In unserem Dorf gab es keine Kristallnacht“*, dann glaubte man ihnen zunächst nicht.....“ In unserem Dorf gab es weder Ausschreitungen gegen Juden noch Deportationen. **Diese Tatsache können alle noch lebenden Weilbacher Zeitzeugen bestätigen.**

4.) Die Aussagen in den Rundschauartikeln habe ich niemals ausgesprochen und hatte nach Abgabe des offenen Briefes, außer einer Rückfrage von der Rundschau keinen Dialog. Das Wort "Betrug" stammt nicht von mir! Außerdem hatte ich mit der AG- Opfersteine seit der Aussprache am 10.8.10 niemals mehr einen Dialog geführt. Das Flugblatt der Stadt vom 17.2.2011,über die Beendigung eines Dialoges, sollte wohl als Rechtfertigung der Unterstellungskampagne dienen. Die Falschheit obiger Anschuldigungen sind Lückenlos von mir beweisbar.

Auf meine Frage an Herrn Thumser vom 21.4., warum man mich diskriminiert, wirft er mir in seiner Rückantwort vom 17.5. noch immer alle o.a. Unterstellungen vor. Deshalb appelliere ich hiermit an den Kreistag und bitte darum, dass in allen Kreistagsorganen die falschen Anschuldigungen von Herrn Thumser endgültig ausgeräumt werden. Herzlichen Dank für ihre Mühe

Nun rechne ich sachlich damit, dass dieser letzte Appell an die Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit meiner Zeitgenossen auch nur wenig bringt. Ich werde bei vielen Zeitgenossen, bis an mein Lebensende, dieser Böse Mensch bleiben, zu dem mich gewissenlose Politiker gemacht haben. Im Grunde ist es ein Hoher Preis für meine Neugierde, wissen zu wollen, was passiert wenn ich Politiker der Unwahrheit bezichtige. Ich bin aber trotzdem zufrieden das ich dies erfahren, und der Nachwelt überliefern durfte. Nur die Tatsache, dass Franssen anschließend zum stellvertretenden Vorsitzenden des Kreistages gewählt wird und mit Milas Quirin die Fäden im Hattersheimer Geschichtsverein zieht, wo er seine unrühmliche Vergangenheit für die zukünftige Geschichtsschreibung schönen kann, stört diese, meine Zufriedenheit.
Nach diesem Punktverlust meines Ansehens bin ich gezwungen die Glaubwürdigkeit meines Verleumders Herrn Franssen auf den Prüfstand zu stellen. Dies soll durch Zitate aus Zeitungsberichten geschehen die seine Machenschaften öffentlich machten.

Bürgeraktion wegen Straßen gegen Stadtrat u. Landesstraßenamt

Eine Straßenerneuerung der Neu- und Langgasse kündigte sich bereits am 26.6.-1987 über eine Abwassersatzung an. Das Höchster Kreisblatt (HK) vom 21.4.1995 berichtete dann von Anschlusserneuerungen der Regenabflussrohre und Zuleitungsrohre aller Energien. Man kündigte eine Markierungsaktion, einen Rundgang am 26.4. und eine Bürgerversammlung im Haus der Vereine an die sehr gut besucht war. Bei einer vorgezogenen Bürgerabfrage durch HK am 17.4. sprachen sich alle , Befragten für eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 Km /h aus.
Bei dem Rundgang am 26.4. geriet bereits der Vertreter der "Freien Wähler" mit dem ersten Stadtrat Franssen in heftige Diskussionen. **Gemäß HK vom 28.4.95** stellte die Bürgerschaft dann die Forderung von Bürgersteigsverbreiterung, versetztem Parken bis hin zur Tempo 30 Begrenzung und verwiesen auf die , seit Jahren

versprochene, Umgehungsstraße. **Zitat HK**: " Die Westtangente sei zwar nicht gestorben sagte Hans Franssen Aber: Planungsrechtlich muss da noch einiges geleistet werden. das kann noch Jahre dauern." Nach meiner Beobachtung trauten die Bürger Herrn Franssen nicht, was sich in der zweiten Bürgerversammlung am 22.6. bestätigte.
Hier berichtete das **HK am 24.6.95**, dass Franssen und Frau Kathrin Brückner vom Hessischen Amt für Straßen alle o.a. Bürgerwünsche ablehnten. Zitat: "Der Anwohner Hermann Lixenfeld hält versetztes Parken sehr wohl für möglich. Er vermutet die Ablehnung in den Kosten." Oder: "Absolutes Unverständnis löste schließlich die Tatsache aus, dass der Gehweg auf der rechten Straßenseite, in der neuen Planung, plötzlich schmäler wurde." Herr Rink wies nach, von 1,5 m auf 1,25 m. "K. Brückner wies darauf hin, dass Sie eine Planänderung jetzt für untragbar hält." Dem entgegnete H. Lixenfeld, dass eine Planänderung gerade einmal die Wochenarbeitszeit eines Technikers benötige. Die Anlieger wollen um jeden Preis um ihre Forderungen kämpfen. Man konnte beobachten, dass ein Misstrauen seitens der Bürgerschaft, gegen Herrn Franssen, an jenem Tag konkrete Formen annahm.
Mir fiel an jenem Abend ein, dass ich ja 1987 ein sehr gutes Einvernehmen mit einem Mitarbeiter der Landesstraßenbauverwaltung hatte, weil ich als Planer der Hoechst AG eine Kaminplanung mitten auf der Farbenstraße, vor dem Kesselhaus, zu bearbeiten hatte. Der Herr sagte mir Fernmündlich, dass der Straßenbau grundsätzlich die Sicherheit der Bevölkerung berücksichtige und man in unserem Falle dem Willen der Kommune nachkomme. Er empfahl eine Unterschriftensammlung von der ich ihm eine Kopie zukommen lasse, die er an die richtige Stelle weiterleiten werde. Am 4.7.1995 kam dann der scheinheilige Brief von Herrn Franssen an mich: "Wie bereits mündlich mitgeteilt, unterstützen wir mit Nachdruck ihr Anliegen einer Gehwegbreite von mindestens 1,50 m. Das Hessische Straßenbauamt hat ebenfalls Bereitschaft signalisiert, diese Mindestbreite zu akzeptieren." Auf diesem Wege kam dann auch die 30 Km /h -Begrenzung zu Stande.
Als Bürgermeister sagte Franssen später in Sache Umgehung, bzw der Westtangente: "Ich mache das Umgehungsprojekt ab sofort zur Chefsache, und dann ziehen wir das durch!" Trotzdem wurde die ca. 1,5 Km lange Strecke bis heute nicht gebaut. Für wie dumm hält der Mann denn sein Wahlvolk? Ab März 2006 war die kommunale Sitzverteilung wie folgt: SPD 16, Grüne 3, Freie Wähler 1, CDU 13, FDP 3. Somit standen 33 Sitze gegen die 3 Grünen Straßengegner. Da dieses Verhältnis vorher ähnlich war, versteht kein Mensch warum die Straße nie gebaut wurde. Wer wohl, hat also dieses Vorhaben blockiert? Da kann doch wohl nur Herr Franssen, in Tateinheit mit den Grünen, über die Uneinigkeit der Oppositionsparteien manipuliert haben. Solche, seiner "Ehrlichkeiten," sind ja mittlerweile bei den Bürgern bekannt!

Nun wäre es müßig alle Wahrheitsbiegungen des Bürgermeisters hier offen zu legen. Sein Meisterstück, die Affäre Wahlbetrugsverdacht, sollte man aber noch betrachten!

Die Affäre mit dem Wahlbetrugsverdacht

Seit Oktober 2005 wurden in Hattersheim schreckliche Gerüchte über einen großen Wahlbetrug laut. Dies erregte meine ganze Aufmerksamkeit, weil man vorher in Weilbach einen Bürger, wegen Unachtsamkeit bei der Wahl, die gesamte Nachwahl dieses Wahlbezirkes bezahlen lies. Das Höchster Kreisblatt **(HK) schrieb am 4.6.2008** über das Hattersheimer Eklat wie folgt: "Stellungnahmen zum angeblichen Wahlbetrug reichen FDP und CDU nicht." Und: "Die SPD sagt nichts." Im Text steht: "Wenngleich der Landrat und die Staatsanwaltschaft den Betrugsvorwurf zu den Akten gelegt haben, (1*) weil er verjährt sei und es zum anderen an Zeugen fehle, so werden doch deutliche Misstrauenskundgebungen laut. Die klarsten Worte fand Karheinz Spengler: -Ich habe an der Glaubwürdigkeit der Zeugen keine Zweifel- und er sei überzeugt von der Unbescholtenheit Hans Schuchs, der den angeblichen Betrug den Behörden gemeldet hat." Spengler sagte: "Herr Bürgermeister, ich fordere Sie auf, treten Sie von Ihrem Amt zurück, eine Forderung die Franssen nicht zum ersten Mal gestellt wurde." 2006 forderte ein anonymes Schreiben bereits zum Rücktritt auf, sonst würde am 15.1. Anzeige erstattet. "Der Forderung der FDP, eine Verleumdungsklage gegen diejenigen anzustrengen die, die angeblichen Gerüchte in die Welt gesetzt haben, will Franssen dennoch nicht nachkommen." Weiter: "Der SPD- Stadtverordnete Norbert Buch, der als zweiter von insgesamt vier Sozialdemokraten beim Wahlbetrug dabei gewesen sein soll hielt sich bedeckt." Und: "Die CDU Wundert sich, dass ein Bürgermeister, der sonst schnell mit Klagen bei der Hand ist, nicht mit einer Unterlassungsklage gegen die Behauptungen vorgehen will." Auch Ursular Worms meinte: "Sie verstehe auch nicht, wie es sein könnte, dass drei Pesonen unabhängig voneinander bestätigten, vom Wahlbetrug erfahren zu haben." Das ehemalige SPD- Magistratsmitglied Hans Schuch und der ehemalige Stadthallenwirt Friedhelm Vogt blieben fest bei ihrer Anklage gegen Franssen. Außerdem gab es viele Zuhörer die erzählten, dabei gewesen zu sein, "als der ehemalige SPD- Stadtrat Wolfgang Schmitt die ungeheuerlichen Vorwürfe gegen die SPD öffentlich herumposaunte und Franssen als Wahlbetrüger bezeichnete" und laut Schuch: " Habe Schmitt Franssen bei einer SPD- Klausurtagung im Oktober 2005 gedroht. Dietrich Muth zitierte aus Schuchs Erklärung: "Wenn Du einen Prozess gegen mich anstrengst wegen meinem Grundstückkauf, dann gehe ich in die Öffentlichkeit und erzähle, was passiert ist bei der Kommunalwahl 2001. Als sich das Thema Grundstücksgeschäft zugunsten Schmitts entschied, habe der sich an nichts mehr erinnern Können."

Im HK- **Artikel vom 28.6.08** vermutet man dass nach den Sommerferien Gras über die Sache gewachsen sei. Die Oppositionsparteien wollen nun Akteneinsicht beantragen und glauben an die Vorwürfe weil der Landrat als Aufsichtsbehörde keine Nichtschuld gegeben habe. Die Staatsanwaltschaft habe die Angelegenheit nur zur Seite gelegt, weil sie verjährt sei und der Landrat habe die Sache niedergeschlagen, weil es keine Zeugen mehr gäbe. Die Zeitung schreibt über den Tathergang: "Dazu seien die Briefwahlunterlagen von EU- Ausländern verwendet worden. "Und es ist von einer Wahlinformationsveranstaltung für EU- Ausländer die Rede, mit der, der Betrug begonnen haben soll. Gehört haben wollen solche Geschichten aus Schmitts Mund Mitglieder des Gewerbevereins, der Parteien, der Arbeiterwohlfahrt, der damalige Pächter des Stadthallen- Restaurants und eben auch Holger Rummel und Hans Schuch, die der Angelegenheit schließlich nachgegangen sind." Die Oppositionsparteien hoffen über die Grundstücksangelegenheit, durch die Akteneinsicht, (1*) wegen Wahlkampf und anderem, Klarheit zu gewinnen. Außerdem glauben Sie, dass die Sondersitzung des Stadtparlamentes ihren

Betrugsverdacht nähren würde. Auch die Zögerlichkeit Franssens zur Unterlassungsklage, glaubt man, erhärtet den Verdacht. Bei einer Klage könnte es zu Aussagen unter Eid kommen, und davor habe die SPD Angst. Die FDP bezeichnet die Anklage als Problem der SPD und findet ihr Schweigen zur Sache äußerst merkwürdig.
In HK. 2.8.08 Überschriften: " Akteneinsichtsausschuss soll Licht in die **unvorstellbare Angelegenheit** bringen" und: "Thema Wahlbetrug: FDP bohrt!" "Man werde nicht akzeptieren, dass die SPD die Angelegenheit aussitzen wolle oder auf die Vergesslichkeit der Hattersheimer Bevölkerung hoffe, heißt es in einer gestern verbreiteten Presseerklärung der FDP." Und weiter: "Die SPD habe vor der Kommunalwahl 2001 im Rahmen einer Informationsveranstaltung für ausländische Wähler sich in den Besitz der Briefwahlunterlagen der Besucher gebracht und die Stimmen zugunsten der eigenen Kandidaten im Rathaus in die Urne geworfen. Angeblicher Haupt- beteiligter auf Seiten der SPD: Bürgermeister Hans Franssen." An anderer Stelle: "Nur Schmitt selbst erinnert sich nicht mehr, solche Vorwürfe jemals erhoben zu haben. Die FDP spricht es nicht direkt aus, lässt aber durchblicken, dass Schmitt dies nicht mehr bestätigte, seit er mit der Stadt ein Grundstücksgeschäft abgeschlossen hat, dass für ihn sehr vorteilhaft gewesen sein soll. Dabei kam es zu Nachforderungen und einem Gerichtsverfahren, das mit einem Vergleich endete. Für die Stadt sei ein hoher fünfstelliger Verlust entstanden, weiß die FDP." Fraktionschef Dietrich Muth: "Im Zusammenhang mit diesem Vergleich hat die Hauptperson auf einmal erhebliche Erinnerungslücken und Gedächtnisschwund. die Freidemokraten wollen daher herausfinden wie der Vergleich zustande kam und von wem die Initiative ausging." Weiter: "Es gehe darum, etwas Licht in eine unvorstellbare Angelegenheit zu bringen."
In HK. v. 8.8.o8 "Hans Schuch droht Parteiausschluss." SPD sagt: "Das war eine schwere Entscheidung, denn Hans Schuch hat sich durchaus Verdienste für unsere Partei erworben, erläuterte der Ortsvereinsvorsitzende Ralf Meik. Das Verhalten des ehemaligen Stadtrates in der Wahlbetrugsaffäre sei aber nicht hinnehmbar. Er hat dafür gesorgt, dass für unsere Partei öffentlicher Schaden entstanden ist." An anderer Stelle: "Im übrigen ständen Vorstand und Fraktion einmütig hinter Burgermeister Hans Franssen, der auch bei einer Klage gegen Schuch die absolute Rückendeckung der SPD erhalte." "Die Vorwürfe gegen Hans Schuch, der seit 42 Jahren Mitglied in der SPD ist, sollen zunächst öffentlich nicht bekannt gegeben werden." "Ehrenstadtrat Hans Schuch zeigte sich überrascht von der Absicht seiner Genossen.

In HK v. 13.8.08 "Ehrenstadtrat Hans Schuch verschärft Vorwürfe und fordert: Werft Franssen aus der SPD." Nach einigen Wiederholungen ist zu lesen: "In der Zwischenzeit wurde ein von der Dienstaufsichtsbehörde eingeleitetes Disziplinarverfahren gegen Hans Franssen eingestellt, weil es keine Zeugen gab die, die Anschuldigungen gegen den Rathauschef bestätigten." Desgleichen tat auch der Staatsanwalt. Und: "Hans Schuch kündigte im Gespräch mit dem Kreisblatt an, Er freue sich auf das Parteiordnungsverfahren, weil dann endlich viele Dinge zur Sprache kommen, die meinen Parteifreunden nicht gefallen werden." Nach meinen eigenen Nachfragen und Beobachtungen hatte man alle Zeugen umgestimmt bzw. sie erinnerten sich angeblich nicht mehr. Franssen bezeichnete dies in der Stolpersteinaffäre als **"Probleme ausräumen."** Eines von Schuchs Hauptindizien warum der Bürgermeister keine Unterlassungsklage gegen ihn anstelle sei: "Aber weil er, Schuch die Wahrheit sage, scheue Hans Franssen vor einem juristischen Schritt zurück."

In HK. v. 11.9.08 "Ausschuss will Aufklärung." Der Artikel beschäftigte sich lediglich mit der personellen Besetzung des Akteneinsichtsausschusses und gegenseitigen Ehrenerklärungen innerhalb der SPD und Genossen.
In HK. v. 24.9.08 "Akteneinsichtsausschuss fest in Händen der SPD." Nach langatmigen Wiederholungsaussagen halten die Oppositionsparteien den SPD-Mann Norbert Buch nicht geeignet als Vorsitzenden, weil er direkt an der Wahlaffäre beteiligt war. Ursula Worms, CDU- Fraktionsvorsitzende, sagte dazu: "Aber dass ausgerechnet ein SPD Mann den Ausschuss leitet, das sieht sie schon als Problem an."
In HK v. 27.9.08 geht der Hickhack weiter. "SPD nimmt Buch in Schutz" Und: "Die Wahl von Buch zum Ausschussvorsitzenden veranlasst nun den FDP-Fraktionsvorsitzenden Dietrich Muth zu der Vermutung, "die SPD sei entgegen bisheriger Beteuerungen an einer lückenlosen Aufklärung nicht besonders stark interessiert." "Denn es könnte nicht sein, dass ein Grundstücksgeschäft zwischen dem von der SPD dominierten Magistrat und einem SPD- Stadtverordneten unter Vorsitz eines SPD- Mannes untersucht wird. - Ohnehin würde nach den demokratischen Gepflogenheiten der Opposition der Vorsitz zustehen." Die SPD konterte: "Es habe Vorwürfe gegen Norbert Buch gegeben. dadurch habe sich seine Fraktion veranlasst gesehen, genau diesen zum Ausschussvorsitzenden zu wählen." Der Volksmund bezeichnet solches Vorgehen: "Den Bock zum Gärtner machen."
In HK. v. 19.9.09 fordert Hans Schuch angemessenen Umgang und kritisiert heftig die Darstellungen im SPD- Blättchen. "Der Bericht verzerre die tatsächliche Situation." Und dass nicht alle Zeugen genannt wurden, sowie der Prozessausgang gegen Ihn diffus geschildert wurde und sagt: "Das stimmt doch in keiner weise, ich habe doch den Prozess gewonnen und wurde nicht aus der Partei ausgeschlossen." Und: "Schuch verweist in seinem Brief auf die elfseitige Entscheidung der Schiedskommission und kritisiert, das über die Entscheidung in der Partei intern nicht wahrheitsgemäß berichtet werde." So würden maßgebliche Details außen vor gelassen." Auf Seite 4 der Urteilsbegründung der Schiedskommission heißt es etwa: "Der zulässige Antrag auf Ausschluss des Antraggegners aus der Partei ist nicht begründet." **Ich H.Lix.erkenne hier die gleiche Methodik wie in der Stolpersteinaffäre.**
In HK v. Sept. /Oktober 2009 "Genosse Schuch tritt aus" "Er informierte den Parteivorstand schriftlich Man hat mich mit Nachdruck diskreditiert." Schuch wiederholt in seinem Schreiben seine Argumentation: "So habe Wolfgang Schmitt am 12 5.2006 das Telefon im Hause Schuch benutzt, um den Kreiswahlleiter anonym über den Wahlbetrug zu informieren. Von Wahlbetrug habe Schmitt öffentlich auch immer wieder gesprochen, bis zu dem Tag, als er sein Gedächtnis verlieren musste, was sich für ihn besonders auszahlte." Schuch sagte noch unter "Vorwürfe und Skepsis:" "**Da der Ortsverein - tatsächliche Wahlbetrüger und notorische Lügner - in seinen eigenen Reihen habe, die geschützt und verteidigt würden und zudem - ohne schlechtem Gewissen in der Öffentlichkeit aggieren und sich produzieren dürften, könne der Ortsverein nicht mehr seine politische Heimat sein**, schreibt Schuch in seinem Brief an den SPD- Vorstand."

Dieser Abschluss Herrn Schuchs trifft auch auf meine Erfahrungen in Sache Stolpersteine zu. Nur habe ich im Gegensatz zu ihm exaktes Beweismaterial für meine Nichtschuld und die Unwahrheiten der SPD zur Verfügung. Außerdem führte ich keinen Dialog mit den Genossen damit ich deren ekelhaften Verleumdungen alle notieren konnte. Alle Zeitungsberichte sind bei mir einsehbar!

Es ist äußerst Traurig, dass gerade unsere Arbeiterpartei von Kommune bis hin zum Bund so kriminell ist. Ich denke dabei an die Betrugsaffäre von Ministerpräsident Oswalt der sagte: "Wenn ich ins Gefängnis gehe, geht die halbe SPD mit."

Meinen Aufsatz "Jüdisches Leben in Weilbach "

Ist separat auf der Homepage unter MTK-Jahrbuch Berichte 2012 eingestellt.

Beendigung lebenslanger Arbeit als Lokalhistoriker

Die Arbeit eines Lokalhistorikers wird immer schwieriger weil die unausgewogenen Schnellgesetze unserer Politiker den Schreiber ständig mit gerichtlicher Verfolgung bedrohen. Den Anfang dieser Meinungseinschränkung machten die Datenschutzgesetze die, auch neben Datenmissbrauch und anderem, verhindern sollten, dass Menschen durch Aussagen und Schriften in ihrer Ehre oder anderem verletzt werden. Das Holocaust- Leugnungsgesetz und die Fremdenfeindlichkeitsgesetze verdichteten schließlich die Bedrohung des historischen Berichterstatters soweit, dass er Ereignisse nicht mehr real wiedergeben kann und gezwungen wird Geschehnisse, aufkosten wahrheitsgemäßer Wiedergabe, zu Umschreiben. Wenn die Wahrheit jedoch so verbogen werden muss, dass Andere eine Lüge daraus ableiten könnten, ist eine realistische Geschichtsschreibung nicht mehr gegeben. Würden nun alle Zeitgenossen diese Gesetzgebung respektieren, könnte man sich noch damit abfinden, doch wie wir auf den Seiten 03 bis 23 dokumentiert nachlesen können halten sich Politiker, Behörden und die Medien nicht an diesen Richtlinien. Diese spielen aus Geltungssucht, Kumpanei, Profitgier oder Eigennutz ihre Vormachtstellung aus und Übertreten die Grenzen dieser gesetzlichen Vorgaben. Dem schwächeren stehen zwar rein theoretisch die Organe des Rechtsstaates zur Verfügung, doch kann er sie jedoch gegen die Mächtigen, aus finanziellen Gründen, nicht nutzen. Anhand dieser Kriterien verbleibt einem kleinen, ehrenamtlich tätigen, Lokalhistoriker nur noch die Möglichkeit seine Arbeiten einzustellen.

Das Datenschutzgesetz schränkt die Geschichtsschreibung der Gegenwart ein. Dies wird ganz deutlich bei Berichten über zeitgemäßen Ereignissen die völlig ohne Namensnennungen keine Aussagen hätten. Selbstverständlich mussten und müssen Namen hochbelasteter Personen, wegen noch lebender Nachkommen, außen vor bleiben und nur die Daten der weniger belasteten Beteiligten sind zu nennen. Aber auch hier ist eine Anzeige nicht auszuschließen. So gesehen stellt sich die Aufarbeitung der Weilbacher N.S.- Zeit als unlösbare Aufgabe dar obwohl es in dem Dorf keine Personen gab, die man als "sogenannte Täter" darstellen müsste. Würde man aber die alten Bauern benennen, weil sie vor den Kommunisten und Separatisten in der Partei Schutz suchten, müsste man mit einer Anzeigenflut durch deren Nachkommenschaft rechnen. Andererseits musste man wiederum erleben, dass man beschimpft wurde weil man ehemalige Parteimitglieder, gemäß realer Einschätzung, zu humanistisch bewertete. Dies ist aber ganz natürlich weil in der Öffentlichkeit stehende Personen, die von den Zeitgenossen beurteilt werden, dies aus ihrer persönlichen Perspektive heraus empfinden. Aus diesen Gründen und des Dorffriedens halber, habe ich auf die Aufzeichnung vieler persönlich erlebter Dorfereignisse aus Weilbach verzichtet.

Beispiele von Bedrohungen gegen den Autoren, den Gerichtsweg zu beschreiten wenn ihr Name in den Berichten erscheint, gab es viele. Doch wären diese, im Vorfeld der Recherchen geäußerte, Bedenken unnötig gewesen weil der Autor von sich aus abwog, was er veröffentlichen kann oder nicht. Der Balanceakt einen Mittelweg zu gehen ohne die Beteiligten zu diskriminieren und trotzdem einen realistischen Bericht abzuliefern, ist nicht immer leicht aber machbar indem man den Namen der Haupttäter außen vor lässt. Wenn diese Methode nicht möglich ist, sollte man auf eine Veröffentlichung verzichten. Die Realität und das Können eines Historikers lässt sich hiermit bestimmen. Wenn ein "Historikfanatiker" diese Regel missachtet und den Dorffrieden zerstört, hat er seine Aufgabe total missverstanden. Leider haben solche Missachtungen im Nachkriegsdeutschland oft stattgefunden.

Das Holocaust- Leugnungsgesetz beschert weitere Erschwernisse. So werden von Opferverbänden, Religionsgemeinschaften und ethnischen Minderheiten immer wieder Dinge erörtert, die in der geäußerten Form nicht richtig sind. Politiker und Medien machen oft eine riesige Luftblase daraus, ohne die realen Hintergründe zu kennen bis namhafte Wissenschaftler, mit ihrem Fachwissen, die Blase zum platzen bringen. Sollte ein Zeitgenosse mit weniger Einfluss öffentliche Kritik üben, dann wird er von den oben genannten Falschmeldern gnadenlos zerstört, wobei man vor keiner Lüge und Unterstellung zurückschreckt und das achte Gebot total eliminiert. Authentische Beispiele sind ja auf den Seiten 03 bis 23 ausführlich erörtert.

Die Fremdenfeindlichkeitsgesetze erschlagen dann die demokratische Freiheit total. Nicht nur ein Politiker wie Tilo Sarrazin oder eine Sozialrichterin Kirstin Heisig werden vernichtet wenn sie die Wahrheit veröffentlichen, um die Politiker zu aktivieren, damit dem Volke weiterer Schaden erspart bleibt. Auch der kleine Bürger wird gnadenlos zum Opfer der Stärkeren, wie man immer wieder in den Medien erfahren kann. Bei lokalhistorischen Veröffentlichungen war hier besondere Vorsicht geboten, weil man mit jenen Neubürgern zusammen lebte. Das Problem war und ist, dass die Großteile dieser Menschen anderen Kulturkreisen angehörten, mit der christlichen Bevölkerung keinen Kontakt suchten und zur Ghettobildung tendierten. Die wenigen aber, die sich in unsere Gemeinschaft einbrachten sind auch herzlich willkommen. Die Kritik ranghoher Persönlichkeiten an den miserablen Integrationsbemühungen, sowohl der Deutschen und insbesondere der Ausländer, wird für den Kritiker mit seinem Existenzverlust geahndet. Da unsere eigenen Parteien diese Hexenjagden ständig gegen die eigenen Leute veranstalten, lernt man als kleiner Lokalhistoriker diese Regeln kennen und vermeidet die zeitgemäße Berichterstattung. So, wie die Ereignisüberlieferung aus der N.S.- Zeit, können also auch heute die Zeitereignisse der Gegenwart nicht realistisch in die Zukunft vermittelt werden.
Anhand dieser Ausführungen wird der zukünftige Leser verstehen, warum man seine Lebendlange Arbeit als Lokalhistoriker einstellt, nachdem man die Ereignisse früherer Jahrhunderte erfolgreich aufgearbeitet hatte.

Meine Persönlichen Eindrücke über die Heimatgeschichte sollen dieses Kapitel abschließen. Nachdem ich in frühester Kindheit den Erzählungen meiner Großtanten zugehört und als Jugendlicher Notizen angefertigt hatte, die ich später ausarbeitete, lies mich das Abfragen der Großeltern- und Elterngeneration nicht mehr los. Obwohl mich nun die älteren Heimatforscher aufforderten diese Überlieferungsabfragen zu unterlassen, weil ich hiermit niemals eine wissenschaftliche Anerkennung erfahren würde, blieb ich bei meinem Programm. Dieses erfragen, sowie die Kontrolle des erfragten in alten Gemeindeunterlagen und Urkunden, vermittelten mir dann ein sehr

großes Wissen über die Dorfgeschichte. Meine Fähigkeiten diese Unterlagen mit rekonstruierten Zeichnungen, Plänen und Bildern zu ergänzen bescherte mir dann ein Lebenswerk von 15 großen Geschichtsarbeiten in Buchform, die ich selber verlegte und den Archiven zuführte, sowie 12 Aufsätze in den M.T.K.- Jahrbüchern. Mit zunehmendem Erfolg wuchs auch das Heer der Kritiker und Neider die vor allem meine Hinweise, "Dieser Bericht beansprucht keine wissenschaftliche Genauigkeit," beanstandeten. Die mündlich erhaltene Überlieferung, einhergehend mit infolge Kriegshandlungen fehlenden Unterlagen, geboten jedoch dringend diesen ehrlichen Hinweis. Die absolute Mehrheit der Zeitgenossen waren jedoch über die Arbeiten begeistert und einige Heimatforscher bedauerten, dass sie nicht auch mündliche Überlieferungen aufzeichneten. Hätte ich diese informative Marktlücke nicht genutzt, dann hätten meine Informanten ihr Wissen mit in ihr Grab genommen.

Meine Erfahrungen mit historischen Vereinen im Umland

Nachfolgende Ausführungen sind keine Bewertung der Geschichtsvereine, sondern persönliche, subjektive Berührungsberichte mit den Mitgliedern. Wie wir wissen stammten die meisten Geschichtsberichte der Antike von Philosophen, Ärzten und Reiseschriftstellern. In Westeuropa übernahmen nach der Zeitwende Mönche und Priester diese Aufgabe die später von Literaten, Pädagogen, und schließlich im 20sten Jahrhundert von Vereinen, oder sogenannten "Einzelkämpfern" übernommen wurden. Diese letztgenannten Rechercheure und Schreiber hatten vor allem in den Landgemeinden hohe Erfolgsraten weil sie von Vereinstätigkeiten befreit und ohne Einmischung von Vereinsmitgliedern arbeiten konnten. In den Vereinen hingegen wurden kleine Broschüren produziert, die von wenigen Mitgliedern gut recherchiert waren. Die meisten Mitglieder waren aus irgendwelchen Gründen im Verein und erbrachten keine Leistungen in Sache Historie. Im Flörsheimer Geschichtsverein bezeichnete man sie in den 60ziger Jahren des 19Jh als "Karteileichen."

Meine ersten Erfahrungen mit der Flörsheimer Geschichtsszene machte ich als elfjähriger Bub am Lagerfeuer im Wispertal 1946. Unsere wenige Jahre älteren Zeltführer unterhielten uns mit Geistergeschichten und kamen auch immer wieder auf Flörsheimer Geschichtsereignisse und deren Rechercheure zurück. Hier erfuhr ich dann auch die Namen der Flörsheimer Einzelkämpfer Pfarrer Münch, Bürgermeister Lauck, Zeitungsverleger Dreisbach, Jakob Dehn und Philipp Schneider, die sehr viele Dorfereignisse aufgeschrieben hatten. Da ich aus Weilbach nur die Erzählungen meiner 6 Großtanten, sowie die spärliche Volksschulinformationen kannte, beeindruckten mich diese Informationen sehr.
Um 1985 besuchte ich dann über ein Jahrzehnt einen Geschichtskreis im Flörsheimer Galluszentrum. Die Anwesenden Alois Mohr, Jos. Adam Mohr, Roland Born, Clemens Messer und Herr Theis luden alte Flörsheimer Bürger ein die von früher erzählten und sie selber wussten auch vieles zu berichten. Leider schrieb niemand diese Berichte auf und als das neue Museum bereit stand, löste sich der Kreis auf. In meiner Erinnerung verblieb lediglich, dass es in ihrem "Heimatverein Flörsheim Am Main 1924 E.V." nicht ganz ohne Eklat abging und der Altbürgermeister als Vereinsvorsitzender dem Neubürgermeister den Vereinsbeitritt erschwerte. Ich zeriss damals meinen Aufnahmeantrag und beobachtete den Verein nur noch auf Distanz. So gab der Verein später Broschüren mit Fachbeiträgen heraus und organisierte Ausstellungen die, neben anderen Personen, weitgehend von Roland Born organisiert wurden. Autoren weiterer Literatur waren Axel Schultze-Petzold, Georg Habicht, Werner Schiele und Peter Becker. Als Berater fungierte auch Josef Anna. Der neue Vorsitzende Bernd Blisch glänzte mit einem Aufsatz über

Weilbach im MTK.- Jahrbuch 1995, indem er sämtliche Naturgesetze der Physik, Geometrie und Geologie ignorierte. Er nahm sich aber als Vorsitzender des Historischen Vereins Rhein- Main die Freiheit, 2011 meine Arbeiten im Jahrbuch zu diskriminieren und in der Presse mein Ausscheiden aus dem Autorenkreis des Jahrbuches zu fordern.

Wicker gründete 1999 seinen "Historischen Verein 1999 Wicker E.V.". Der Initiator und spätere Vorsitzende Theo Heimbuch, mit dem ich seit der Zeltlagerzeit bekannt war, fragte mich um Rat weil vom Flörsheimer Geschichtsverein der Wunsch ausging Wicker als Vereinsabteilung zu betreiben. So brachten es die Flörsheimer fertig, mit ihnen hörigen Leuten, die erste Gründerabstimmung nach ihrem Willen zu entscheiden. Die Wickerer entschieden jedoch in einer zweiten Gründerversammlung für einen eigenen Verein. Sie hatten viele jüngere Vereinsmitglieder die 2003 begeistert ein Jubiläum feierten, dessen Urkunde sich später als ungenau erwies. Nachdem sich die Prüfung einer Urkunde aus dem Jahre 910 als richtig darstellte feierte Man im Jahre 2010 nochmals ausgiebig 1100 Jahre Wicker. In einem 336 Seitigen Buch berichtete der Autor Karl Heinz Schenk über die Geschichte des Dorfes und die Presse berichtete sensationslüstern über ein Eklat um dieses Buch. Theo Heimbuch erklärte mir später, dass es hierbei lediglich um kleine Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Autor und Vorstand ging. Solche Diskussionen gehören bei der Ausarbeitung einer Festschrift einfach zur Normalität. Aus Sicht des Außenstehenden herrscht im H. V. Wicker eine gute Zusammenarbeit.

In Hochheim a./ Main gibt es gleich drei historische Arbeitsgruppen, von denen mir die "Arbeitsgemeinschaft Alt Hochheim" am nächsten steht. Die Tatsache, dass es drei Gruppierungen gibt zeigt gewisse eigenwillige Tendenzen an. Für mich war es immer sehr peinlich wenn ich die mir bekannten Mitglieder begrüßte, von denen ich wusste, dass sie sich untereinander nicht einig waren. Diese Diskrepanzen sind mittlerweile ausgeräumt. Alle drei Gruppen berichten in Broschüren über ihre Forschungen und vermitteln dem Außenstehenden einen guten Eindruck.

Im "Diedenberger Heimatgeschichtsverein E.V." war ich 20 Jahre Mitglied. Mein Beitritt erfolgte damals aus taktischen Überlegungen, weil sich im 15ten Jahrhundert die Oberweilbacher Bevölkerung in Diedenbergen neu gründete und sich die Geschichtsforschungen von Weilbach und Diedenbergen überschnitten. Der Verein dürfte neben den anderen Hofheimer Geschichtsvereinen der erfolgreichste Verein sein. Alleine unter dem langjährigen Vorsitzenden Dr. Ernst Schütz wurden zwischen der Gründung 1973 und 1999 insgesamt 52 große Geschichtsarbeiten veröffentlicht, von denen Schütz 18 selber geschrieben hat. Hans Nixdorf schrieb 7, Claus Schuster schrieb 5, ich selber und viele andere schrieben jeweils eine Arbeit. Unter dem Vorsitz von Herrn Dr. Helmut Schmidt wurden dann seit 2001 noch weitere 6 Arbeiten veröffentlicht. Die Mitgliederzahl des Vereins wechselt um ca. 160 Personen. Wir, der harte Kern von Autoren, trafen uns zum Gedankenaustausch alle vier Wochen am Stammtisch und es herrschte eine ausgezeichnete Kameradschaft. Wegen der oben aufgeführten Verleumdungskampagne gegen meine Person verließ ich 2011 den Verein, um sein Image nicht zu beschädigen.

Der 1968 gegründete Hattersheimer Geschichtsverein führt neben seinen ca. 100 Mitgliedern, als Nebenabteilung die ca. 32 Personen starken "Geschichtsfreunde Okriftel." Diese Gruppierung entstand 1992 aus dem Einzelkämpfer Heinz Loos und seinen beiden Helfern Wolfgang Gräßler und Karlheinz Spengler. Zur 900 Jahrfeier 2003 vergrößerten sie ihren Kreis bis zur heutigen Größe. Heinz Loos war ein guter Freund von mir und beklagte sich oft über die Genossen im Hattersheimer Rathaus.

Er fühlte sich diskriminiert, klagte über Rufmord durch städtische Stellen und nannte auch immer bekannte Namen aus dem Rathaus. Einmal ging es um seine Zwangsarbeiterunterlagen die man entgegen seiner Ansicht vermarktete und zum anderen missbrauchte man seine von ihm erarbeiteten Ausgrabungsergebnisse unter anderem Namen. Den härtesten Schlag versetzte man ihm, als man den bereits zugesagten "Löwen und Lilienpreis" zurück zog weil er angeblich als Jugendlicher in der H.J. tätig war. Wie weit die oft von ihm zitierten Namen Franssen, Milas Quirin und Schwarz an seinem Kummer beteiligt waren kann ich hier nicht mehr ermessen.

Heinz war ein sehr akribisch arbeitender Lokalhistoriker. Er hatte einige Semester Kunstgeschichte studiert und wechselte dann in das Ingenieurwesen um, in dem er auch seinen Lebensunterhalt verdiente. Ich versuchte ihn Immer wieder während unserer 35 Jährigen, gemeinsamen Tätigkeit im "Historischen Verein Rhein Main" zu überreden, seine umfangreichen Arbeiten in einem Buch zu veröffentlichen. Heinz lehnte aber immer mit der Begründung ab: "Die Recherchen sind noch zu lückenhaft." Herr Dr. Rudolf Schäfer vom Höchster Geschichtsverein sagte dann immer: "Was mer erarbeitet hot muss mer aach veröffentliche sonst mache des die Andern."
Leider sollte er betreffs Heinz Loos recht behalten.

Die Gruppe veröffentlichte dann Kalender und zwei Broschüren die neben alten Zeitungsberichten zwei Aufsätze von Heinz Loos und einen kurzen, bebilderten Abriss der "Cellulosefabrik Okriftel" beinhalteten. Für ein weiteres Buch über die Okrifteler Zigeuner stand ein Aufsatz von Frau Wilnecker zur Verfügung. Ich schlug vor, alles mündlich erreichbares Wissen über die Zigeuner zu erfragen und als Aussagenprotokolle, mit Erzählername versehen, im Buch zu präsentieren. Um die Herkunft, Sitten, Gebräuche und Lebensumstände der Zigeuner zu verdeutlichen wählte ich, aus dem riesigen Literaturvolumen über diese Nomaden, ein aufschlussreiches Buch von J.P. Clebert aus. Eine kurze Zusammenfassung dieses Werkes wurde in unser neues Buch eingearbeitet, damit der Leser diese fremde Kultur versteht. Es war eine langwierige und zeitraubende Arbeit die 16 Berichte zu erfahren, ist aber die letzte Möglichkeit Zeitzeugen- und Überlieferungsberichte festzuschreiben. Leider wurde das Buch nicht veröffentlicht nachdem von den 4 Manuskriptkopien die vereinsintern als Prüfexemplare im Umlauf waren ein Exemplar, unerlaubterweise an die AG- Opfergedenken gegeben wurde. Frau Milas Quirin erklärte vor diesem Gremium, dass es ihr beim Lesen dieses Buches übel wurde, worauf einige Damen schrieen. "Ich muss mich Übergeben" und Andere hemmungslos weinten. Man wollte anschließend das Buch dem Zentralrat der Roma und Sinti übergeben und dies war dann das Ende unserer gemeinsamen Arbeit.
Zu erwähnen sei noch, dass ich als Autor keine eigene Meinung in dem Text vertrat und nur die Erzähler und den Fremdautor zitierte. Frau Milas Quirin brachte es fertig, Ereignisse aus dem Mittelalter in die Jetztzeit zu Transferieren und als Aussagen von mir zu verkaufen. Ich kündigte meine Mitgliedschaft im Geschichtskreis auf.

Der "Historische Verein Rhein- Main- Taunus E.V." wurde von Josef Anna, zusammen mit Heinz Los und Anderen 1971 als Arbeitsgemeinschaft gegründet und 1974 eingetragen. 1975 trat ich dem Verein bei und lernte hier alle namhaften Heimatforscher des Umlandes kennen. Der Verein bot ca. alle 6 Wochen geschichtliche Veranstaltungen an und erstellte die Jahresbroschüre "Rad u. Sparren." Für meine heimatgeschichtlichen Arbeiten über Weilbach erhielt ich hier keine Informationen. Immerhin kam ich durch diese Verbindung in den Autorenkreis

des MTK- Jahrbuches dem ich 12 Beiträge Lieferte. Mein Austritt erfolgte 2011, nachdem der I. Vor- sitzende Bernd Blich mich, wie bereits erwähnt, in der Presse öffentlich diskriminierte und meinen Ausschluss aus dem Jahrbuch verlangte. Er beglich damit eine alte Rechnung zwischen uns, aus dem Jahre 1995.

"Missgunst und Neid sind immer schlechte Ratgeber!"

Ich bin über die o.a. Entwicklung des Jahres 2011 niemand böse, denn aus den Medien erfährt man ja jeden Tag von Diskriminierung, Verleumdung Neid und Unwahrheiten. So agieren wir Menschen eben, von der hohen Politik bis hin zur Kommune. Betroffen machte mich lediglich die Tatsache, dass weder Freund noch Feind meine akribisch notierten Unschuldsbeweise einzusehen bereit war und ehemalige Freunde mich öffentlich verurteilten, ohne die Hintergründe der Anschuldigungen zu kennen. Gemäß diesem, ins Negative tendierendem Funktionsschema, dürfte eine humanitäre Weiterentwicklung der Menschheit keine gute Zukunft haben!

Stolpersteinaffäre im Schnellüberblick

Ereignis Nr. 1 : Ich bat am 10.03.2010 die AG Opfersteine einen Stein von dreien nicht zu installieren. Nach Ablehnung meines Wunsches gab es keinen Dialog mehr mit der AG.

Ereignis Nr. 2 : Im Jan. 2011 gab ich einen offenen Brief an Hö. Kreisbl. und Fr. Rundschau um folgende Unwahrheiten der AG Opfersteine öffentlich zu machen: Die 2009 gegründete AG sollte gemäß Empfehlung des Präsidiums der Stadt Hattersheim die Opfersteine nur mit dem Einverständnis der Hausbesitzer verlegen. Die AG stimmte jedoch intern bereits 2009 für eine Zwangsverlegung ab, täuschten aber arglistig vor der Stadtverordnetenversam- mlung, der Bürgerschaft und der Presse, 1,5 Jahre lang, die Einverständnisversion des Präsidiums vor. Vor der Steinsetzung wollten sie glaubhaft machen, Franssen habe sich anders entschieden. Wer soll das glauben **Zwangsabstimmung, Freiwilligkeit u. wieder Zwang? Nur dieser Tatbestand stand im Brief, der allerdings nie in der Zeitung erschien!**

In einem Anschreiben bat ich ausdrücklich darum, den Brief nicht an die AG zu geben! Die SPD- abhängige Frf. Rundschau gab den Brief an die AG und löste die Rufmordkampagne aus. Zusammen mit der Pressesprecherin im Rathaus konstruierte man eine ekelhafte Verleumdungskampagne gegen mich. In der Frf.- Rundschau stand in großen Lettern: "Hass auf Stolpersteine," kämpft gegen jüdische Gedenkmale," "stachelt andere Hauseigentümer auf," "wetterte Schwarz war ein Betrüger." **Wie war das genau**? Der Journalistin Barbara Helfrich genügte mein 2,5seitiger Brief mit allen Quellenangaben nicht und fragte am 2.2. nach, warum ich gegen den Stein von A. Schwarz bin. **Ich begründete meine Ablehnung dann: "Wegen unkorrekten Finanzgeschäften des Herrn Schwarz." Frau H. wiederholte: "Also Betrug!" Auf diese, ihre Aussage ermahnte ich die Dame nochmals eindringlich, nur den Inhalt und die Aussagen meines Briefes zu verwenden.**

Fr. H. steigerte sich in ihren nächsten 6 Artikel mit polemisch und rhetorischen Satzumstellungen um weitere Anklagen gegen mich zu erfinden. Hinzu erfand sie den Vorwurf der "Geschichtsklitterung," der "Relativierung," des "erschreckenden Revisionismus," die "zynische Opferverhöhnung" und viele andere Unwahrheiten die ich niemals begangen hatte. Ein Schild wurde v. Herrn H.C. ohne unser Einverständnis ans Tor gehängt! Fr. H. informierte über das Internet alle jüdischen Vereine und die AG sorgte in Stadt, - Kreis- und Landes SPD, dass man mich ächtete und aus dem Autorenkreis des MTK- Jahrbuches ausschloss. Einige

Trittbrettfahrer wie Bernd Blisch, Vorsitzender des Hist. Vereins Rhein- Main- Taunus und Pfarrer Schelwies, Vorsitzender der Jüdisch Christlichen Zusammenarbeit wetterten ohne jegliches Hintergrundwissen in der Frf. Rundschau mit und halfen tüchtig, "in christlichem Sinne," dabei mein literarisches Lebenswerk gründlich zu zerstören. Von akademisch gebildeten Menschen hätte ich mehr Rückfragebereitschaft erwartet.
Ich bin nun nach 76jährigem Erdenwandel durch gewissenlose und dumme Zeitgenossen zu einem verabscheuungswürdigen und ehrlosen Zeitgenossen geworden, obwohl ich niemals mit jemandem Streit hatte und immer hilfsbereit und ehrenamtlich zugange war. Bin aber darüber nicht unglücklich weil ich ja ganz bewusst die Behörde anklagte um deren Reaktionen aufzuschreiben. Deshalb wurde dann auch, aus taktischen Gründen, auf jeglichen Dialog in allen Ebenen verzichtet, damit der Gegner kein zusätzliches Material erhält, was er gegen mich umdeuten kann. Wir wissen, dass viele Journalisten ihre Berichte auf Sensation und Profit aufbauen und viele Parteigenossen ihre Seilschaften als "Wahrheitsbiegegenossen-schaften" verstehen und es gibt Tausende Presseopfer, die man vernichtete, um die Sensationsseiten zu füllen. Es ist schändlich, wenn die Pressefreiheit ausgerechnet von demokratischen Institutionen so ekelhaft missbraucht wird. Das Volks-verhetzungsgesetz sowie Holocaustleugnungs- und Fremdenfeindlichkeitsgesetze werden, gegen alle Regeln der Menschenwürde und der Rechtsstaatlichkeit, von den Parteien und er Behörde missbraucht und die Anonymität des Internets wird, neben den Medien, als mega- Volksverhetzungsplattform genutzt. Dies ist eine Schande für den Rechtsstaat und die Demokratie.
An dieser Stelle sei noch anzumerken, dass es für einen Dorfgeschichtler mit dazu gehört, auch die Gegenwartsfehler anzuzeigen. Wenn man die Kommunalereignisse über Jahrhunderte erforscht hat, und die Mentalität der Menschen kennt, weis man was einem dabei wiederfahren kann. **Es zeichnet aber einen Schreiber aus, wenn er die Privatcourrage besitzt, trotzdem behördliche Rechtsverletzungen öffentlich zu machen.**

Presseberichte und Kommentare

21.05.2010
Historische Gesellschaft Eschborn e.V.
http://www.historische-eschborn.de/berichte/Main-Taunus-Kreis/Wider_das_Vergessen/wider_das_vergessen.html
Zitat Franssen: „....Steine nur mit Zustimmung der Hausbewohner " (jöh)

Frankfurter Rundschau
https://www.fr.de/rhein-main/main-taunus-kreis/wider-vergessen-11645771.html
Auszug aus dem Artikel: **Wider das Vergessen**
„Franssen betonte, dass ihm bei der Verlegung der Gedenksteine die Zustimmung der Hauseigentümer und Mieter am Herzen liege. "Der Bürgersteig gehört zwar der Stadt, aber wir möchten die Steine nur mit Zustimmung der Hausbewohner verlegen", sagte der Rathauschef. Daher würden alle betroffenen Haushalte von der Stadt informiert." (jöh)

02.09.2010
Historische Gesellschaft Eschborn e.V.
http://www.historische-eschborn.de/berichte/Main-Taunus-Kreis/Stolpersteine_Hattersheim/15stolpersteine_hattersheim.html
Auszug aus dem Artikel: **Der Geschichte ein Gesicht geben**
Von Gesa Fritz
„Im Zweifelsfall würden die Gedenktafeln aber auch ohne deren Einwilligung verlegt, sagte Bürgermeister Hans Franssen (SPD)."

07.09.2010
Frankfurter Rundschau
https://www.fr.de/rhein-main/main-taunus-kreis/fdp-org26312/streit-stolpersteine-11451593.html
Auszug aus dem Artikel: **Streit um Stolpersteine**
Von Barbara Helfrich
...Bürgermeister Franssen sagt: „Es gibt keine Ausnahme, die Steine werden notfalls trotzdem verlegt."
CDU-Parteivorsitzende Klaus Schindling erinnert Franssen. Bei einer Bürgerversammlung im Mai habe der Rathauschef Franssen noch zugesichert, die Stolpersteine würden nur mit Zustimmung der Eigentümer verlegt. Davon sei er nun abgerückt: „Er biegt sich die Wahrheit zurecht."
Bürgermeister Franssen widerspricht. Er habe schon im Mai klar gemacht, dass die Stadt als Eigentümerin der Bürgersteige das Sagen habe.
Fraktionsvorsitzender Dietrich Muth (FDP) ist sich mit CDU-Chef Schindling darin einig: ...Wenn die Bedenken der Hauseigentümer nicht ausgeräumt werden können, sollten die Steine an dieser Stelle nicht verlegt werden.

Ab hier gehören die folgenden Presseberichte in Teilbereichen deutlich in die Abteilung: „Yellow Press“

02.02.2011
Frankfurter Rundschau
https://www.fr.de/rhein-main/hass-stolpersteine-11395011.html
Hass auf Stolpersteine
Von Barbara Helfrich

03.02.2011
Historische Gesellschaft Eschborn e.V.
http://www.historische-eschborn.de/berichte/Main-Taunus-Kreis/Hass/hass.html
Haß auf Stolpersteine....
Von Barbara Helfrich

07.02.2011
Frankfurter Rundschau
https://www.fr.de/rhein-main/main-taunus-kreis/cdu-org26591/stolpersteine-werden-wahlkampfthema-11396357.html
Stolpersteine werden Wahlkampfthema
Von Barbara Helfrich

08.02.2011
Frankfurter Rundschau
https://www.fr.de/rhein-main/main-taunus-kreis/kommunalwahl-2014-ere73047/geklitterte-geschichte-11396352.html
Geklitterte Geschichte
Von Barbara Helfrich

08.02.2011
Frankfurter Rundschau
https://www.fr.de/rhein-main/die-linke-org26318/empoerung-ueber-stolperstein-gegner-11395041.html
Empörung über den Stolperstein-Gegner
Von Barbara Helfrich

09.02.2011
Frankfurter Rundschau
https://www.fr.de/rhein-main/main-taunus-kreis/spd-org26325/fall-lixenfeld-kreistag-11396300.html
Fall Lixenfeld im Kreistag
(bhe)

09.02.2011
Linke in Rüsselsheim
http://linkedickerbusch.blogsport.de/2011/02/09/trotz-lindenstrasse-will-man-in-okriftel-keine-stolpersteine/
Autor nicht genannt

19.02.2011
Frankfurter Rundschau
https://www.fr.de/rhein-main/opfergedenken-haelt-stolperstein-fest-11403518.html
AG Opfergedenken hält an Stolperstein fest
(aro)

01.03.2011
https://www.fr.de/rhein-main/stolperstein-gegner-verteidigt-11423471.html
Frankfurter Rundschau
Stolperstein-Gegner verteidigt
CDU-Landrat gibt "Ehrenerklärung" für umstrittenen Heimatforscher ab.
Von Barbara Helfrich

Zum Schluss ein Beispiel für Journalismus der gehobenen Klasse

Frankfurter Neue Presse
http://www.fnp.de/hk/region/lokales/streit-wegen-galls-ehrenerkl-rung_rmn01.c.8722358.de.html

Auszug aus dem Artikel: **Streit wegen Galls Ehrenerklärung**

Der Kreistag will gar nicht über Hermann Lixenfeld diskutieren – und tut's dann umso heftiger

Der Kritiker der Hattersheimer Stolperstein-Verlegepraxis hat seinen Beitrag zum MTK-Jahrbuch auf Drängen des Landrats zurückgezogen.

Von Hans Schrönghammer

Die meisten Abgeordneten hätten ihn gerne vermieden – den Disput im Kreistag über den umstrittenen «Weilbacher Dorf-Historiker» Hermann Lixenfeld. Doch bei der geplanten Schadensbegrenzung über einen Beitrag Lixenfelds im Jahrbuch des Main-Taunus-Kreises lief etwas schief.

Landrat Berthold Gall (CDU) hatte persönlich den Mann, der in Hattersheim durch seine Proteste gegen die Verlegung sogenannter Stolperstein zum Gedenken an jüdische Opfer des Nationalsozialismus Aufsehen erregte (wir berichteten), dazu gebracht, seinen Beitrag zurückzuziehen und hielt damit entsprechende Anträge aus den Reihen der Opposition für erledigt.

Doch die internen Absprachen vor Sitzungsbeginn gingen an Beate Ullrich-Graf vorbei – wobei SPD-Fraktionschef Karl Thumser beteuerte, die Sprecherin der Linken sehr wohl darüber informiert zu haben. So oder so – mit dem Auftritt von Ullrich-Graf mit eben jener Forderung, den Beitrag Lixenfelds «über die Geschichte der Juden in Weilbach» aus dem Jahrbuch zu entfernen, eskalierte, was das hohe Haus doch so gerne unter den Teppich gekehrt hätte.

Zweiter vehementer Beförderer des Themas nach den Einlassungen von Ullrich-Graf war ausgerechnet Gall selbst, der meinte, eine Art Ehrenerklärung für Lixenfeld wegen dessen ehrenamtlichen Engagements abgeben zu müssen und sich dabei mächtig erregte. «Wie sollen wir das Ehrenamt stärken, wenn Sie es so verleumden», schimpfte Gall in Richtung Linke. «Heuchelei», wetterte der Landrat weiter, «das ist verlogen» und «schämen Sie sich». Im Übrigen versuchte Gall noch eine Verbindung der linken Wählergemeinschaft zu Lenin herzustellen. Dessen Büste «guckt bei mir im Büro mit dem Gesicht zur Wand», teilte der Landrat dem staunenden Publikum noch mit.

Nachdem Gall seinen geballten Ingrimm über die Linke losgeworden war, versuchte aus den Reihen der FWG Rudolf Oehl zunächst die Wogen zu glätten. «Für die Beiträge im Jahrbuch sind die Autoren selbst verantwortlich», sagte Oehl und merkte noch an: «In den letzten fünf Jahren hat der Redaktions-Beirat nur einen Artikel abgelehnt.»

Die Ruhe im Kreistag war aber nur von kurzer Dauer, denn Hans Franssen (SPD), ehemaliger Bürgermeister von Hattersheim und dort selbst in die Stolperstein-Diskussion involviert, mochte «die Pamphlete des Herrn Lixenfeld» nicht unkommentiert lassen und hielt die Ehrenerklärung Galls offensichtlich für völlig unangemessen.....

Erschienene Arbeiten von Hermann Lixenfeld

1 „ Weilbach im Wandel der Zeiten „ 1982
Eine Zusammenstellung der Vor - und Frühgeschichte mit rekonstruierten Plänen auf Weilbacher Territorium und die Dorf - Wachstumsgeschichte in 12 Ortsplänen von 1609 bis 1975.

2. „ Die Weilbacher Kerb is` doo „ 1983
Festschreibung des Weilbacher Kirchweihbrauchtums u. Varianten im deutschsprachigen Europa. Von der Gegenwart führt die Betrachtung über d. Mittelalter bis in d. Fruchtbarkeitsriten vorchristlicher Zeit

3. „ Flurdenkmale in Weilbach „ 1985
Betrachtung Wüstung Oberweilbach und Deckblattvergleiche der Pläne des W. Dilich von 1608 mit topographischen Plänen. Die Geschichte sowie Darstellung aller Weilbacher Hochkreuze u. Grenzsteine.

4. „Erzählungen aus dem alten Weilbach „ 1988
Aufzeichnung aller Weilbacher Sagen u. Erzählungen deren Handlung vor dem Jahr 1800 liegt. Rothesbock - Ereignis um 1630 und Bixebaff - Ereignis um 1700 wurden aufgezeichnet wie noch 1950 überliefert.

5. „Erzählungen aus dem neuen Weilbach „ 1990
Wahrscheinlichkeitsüberprüfung des Kriegskassengerüchtes von 1813 sowie Geistergeschichten nach 1800. Authentischer Bericht über die Weilbacher Judenfamilie Stein nach 1933. Weilbacher Soldaten im Reichsdeutschengebiet in Rußland u. die Flucht jener deutschstämmigen Bewohner nach Weilbach.

6. „ Weilbach auf der Schwelle zum Jahr 2000“ 1995
Ereignisbericht um 1923 sowie d. Weichenstellung zur Gewalt und Eskalation zum Nationalsozialismus. Das Kriegsgeschehen in Weilb., Fasen des Wiederaufbaues u. d. Probleme vor d. Jahrtausendwende.

7. „ Fastnacht in Weilbach und Umland“ 1997
Dokumentation über Fastnachtsbrauchtum des 20. Jahrhunderts, sowie eine Zusammenfassung aller Ursprünge bis hin zur vorchristlichen Zeit.

8. „ Soo hawwe mir in Weilbach sellemool gebabbelt „ 2000
Eine Dokumentation über Weilbacher Mundart um 1950. Nebeneinanderstellung verschiedener Wortbegriffe gleicher Aussage, m. Sprüchen a. jener Zeit erklärt. Anhang m. Mundartgedichten von wahren Begebenheiten.

9. „ Soo sangen mir bei uns dehoom „ 1993
Eine Sammlung volkstümlicher Lieder wie sie noch um 1990 im Maingau gesungen wurden, sowie lokalbezogene Lieder (auch zweideutige) von Kirchweih und Fastnacht aus Weilbach und Umland.

10. „Studienmappe, Heft Nr. 1“ 1982
Das Heft besteht aus kopierten Auszügen nicht mehr käuflicher Literatur aus Weilbacher Historie.

11. „Vereinsleben und Dorffrieden“ 2005
Eine subjektive Betrachtung des dörflichen Vereinslebens sowie die Gewerbestruktur der letzten zweihundert Jahre. Reimerzählungen über Originale im Anhang.

12. „Lebenserinnerungen aus dem Dorfleben“ 2007
Persönliche Erinnerungen vor ,- im und nach dem Kriege. Der Familiengründung und dem Arbeitsleben.

13. „Dorfgeschichten aus Weilbach“ 2008
Der Inhalt besteht aus Ereignissen die nicht in den Rahmen der Lebenserinnerungen hinein passen.

14. „120 Jahre Büttenreden aus Weilbach“
Nach alten Berichten u. Protokollen von 1892 bis 2008 geschrieben.

15. „Genealogie Lixenfeld ab 1107" bis 2018 , Gen. Lang ab 1609, Flach 1550, Meyer 1701, Müller 1745

16. „Okriftel und seine Zigeuner" Geschichte einer eingebürgerten Zigeunerfamilie in Okriftel.

17. "Macht und Menschenwürde" Diskriminierung durch Behörden und Politiker.

18. „Zeittafel Weilbach“ ergänzt mit 21 historischen Plänen sowie vielen Zeichnungen und Bildern.

19. „Bilderalbum “ von 1875 bis 2018 mit Erzählungen und Kommentaren ü. d. Familienmitglieder.

20. „Weilbacher Zeitgenossen,“ ihr Pro und Kontra in der Dorfkultur mit Vereinsfotos und Namen.

Im MTK- Jahrbuch sind folgende Beiträge von H. Lixenfeld erschienen:

Der Kreisausschuss möchte als Herausgeber u. Vertreiber dieser Jahresbände die Geschichte, Personen, Kunst, Kultur, Naturschutz, Denkmalpflege und andere aktuelle Ereignisse aus dem Main- Taunus- Kreis publizieren. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge selber verantwortlich, werden aber trotzdem zensiert.

2000 „Berthold Auerbach, ein Literat als Kurgast 1842 in Weilbach“
Der Bericht geht nach einer Kurzbiographie des Dichters auf sein „Tagebuch von Weilbach“ und „Schildereien aus dem Taunus“ ein. Auerbach schildert hier den Badebetrieb, kirchliche Belange, Dorfereignisse, die Menschen, ihre Alltagssorgen, Geschichtsereignisse und ihren Geisterglauben.

2001 „ Der Weilbach und seine Turbulenzen“
Lixenfeld zeigt die Gefährlichkeit des kleinen Wasserlaufes an und vergleicht die Bachlänge, das Einzugsgebiet und die natürlichen Rückhaltebecken mit dem Schwarz- und Wickerbach. Dabei wird rekonstruiert wie das kleinere Floß 1784 in der Lage war, 21 Gebäude hinweg zu spülen.

2002 „Kirchliche Gebäude in Weilbach“
Die Beschreibung der 7 Kirchen auf Weilbacher Gemarkungsgrund wird ergänzt durch die Betrachtung der Mainzer Kirchenentwicklung vor der ersten Jahrtausendwende.

2003 „ Die Mookuh“
Mit dieser Wortprägung machte man kleinen, ungezogenen Kindern Angst. Es handelte sich um einen Kettenschlepper der sich an einer im Maingrund verankerten Kette Main aufwärts zog. Der Bericht umfasst die Technik, sowie den Schleusen- und Staustufenbau von 1883 bis 1886.

2004 „Der Weilbacher Rathausbock“ (Rothesbock)
Die mündlich und teilw. schriftlich übermittelte Geschichte erzählt von einem Schäferburschen den man im 30 jährigen Krieg wegen Hexerei erschlug. Er erschien dann den Bürgern in nachfolgenden Jahrhunderten als Bock mit drei Köpfen der seine Feinde bestrafte und die Freunde belohnte.

2005 „Überlegungen zur Weilbacher Gemarkungsentwicklung“
Der Aufsatz zeigt an Hand maßstäblicher Pläne ein durch Spatenfunde belegtes 10.000 jähriges Siedlungsland, die Entwicklung der Wege, die Bebauung und die brutale Kiesausbeute bis 2005.

2006 „Betrachtungen zum Verlauf des Untermains“
Lixenfeld macht darauf aufmerksam, dass die seit hundert Jahren immer weiter entwickelten Hypothesen des Altmainlaufes über Hasloch, Königstädten, und Ginsheim neu überdacht werden müssen. Die neuesten Bodenkarten und die alten Pläne des Schifffahrtsamtes sprechen gegen die Recherchen um 1900.

2007 „Geschichten um altes Weilbacher Haus“
Das Erbauungsdatum der 2003 bis 2006 renovierte alte Schule (Rathaus) von 1608 wird von Fachleuten auf 1664 datiert und als ältestes Haus bezeichnet. Der Autor zeigt in seinem Aufsatz an, dass gemäß vorhandener Unterlagen u. damaligem Finanznotstand beide Annahmen (ältestes Haus u. Baujahr) nicht stimmen können.

2008 „Der Weilbacher Büchpfaff“ (Bixebaff)
Die mündlich und teilw. schriftlich übermittelte Geschichte erzählt von einem Priester der als Bettel- Mönch des Sebastianerordens den sterbenden Bauern Land abschwätzte. Schließlich verfluchten ihn die Bauern und nach seinem Tod soll er als Ungeist über seine gestohlenen Äcker gewandelt sein.

2009 „Weilbacher Frömmigkeit und Aberglaube
Die Weilbacher wurden oft als „ sehr abergläubig“ bezeichnet. Jener Aussage stehen allerdings viele Stifterkreuze und Kapellen gegenüber. Dieser Bericht versucht die Wirklichkeit zu ergründen.

2010 „Das Weilbacher Kriegskassengerücht“
Am 1.11.1813 sollen Kriegsgelder in Weilbach verschwunden sein. Klärungsversuch ob Wahrheit?

2011 „Recherchen über Weilbacher Burg, Schloss und Wasserburg“
Den Ursprüngen dieser Gebäude wird nachgegangen, soweit Unterlagen zur Verfügung stehen.

2012 "Jüdisches Leben in Weilbach"
Dieser Beitrag wurde aufgrund eines initiierten Shitstorms hochrangiger SPD- Mitglieder vom Autor zurückgezogen. Ein gezielter Affront gegen Ihn in der Presse folgte, und blieb auch bei dem MTK Autorenkreis nicht folgenlos.
Siehe hierzu das Buch 17 **"Macht und Menschenwürde"** Jahr 2011 .